

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 1. April 1925

Keine Sprechstunde beim städtischen Wohlfahrtsreferenten. Am Donnerstag den 2. und am Donnerstag, den 9. April entfallen die Sprechstunden beim städtischen Wohlfahrtsreferenten amtsführenden Stadtrat Professor Tandler.

Gemeindesubventionen für Bildungszwecke. Im städtischen Finanzausschuss wurden am Montag auf Antrag des Gemeinderates Thaller einer Reihe von Bildungsinstitutionen Gemeindesubventionen gewährt. Dem Wiener Volksbildungsverein, der im vergangenen Jahr ungefähr 250 Kurse mit 4400 Besucher abgehalten hat, wurde eine Subvention von fünfzehntausend Schilling bewilligt. Der Verein Volksheim, der durch seine Leistungen auf dem Gebiet der Volksbildung vorbildlich ist, hat die Stadtverwaltung um einen Kostenbeitrag für Ausbesserungsarbeiten an dem Vereinshaus auf dem Koflerplatz ersucht. Der städtische Finanzausschuss hat dem Verein für diesen Arbeiten eine ausserordentliche Subvention von zwölftausend Schilling und für das Jahr 1925 eine ordentliche Subvention von fünfzehntausend Schilling bewilligt. Der Verein Zentralbibliothek hat im Jahre 1924 die Zahl seiner Leser auf rund 31.000 erhöht. Die Zahl der Entlehnungen war rund 6'2 Millionen. Der Verein hat mit Rücksicht darauf, dass der Bücherstand vermehrt werden muss, um eine Gemeindesubvention angesucht und der Finanzausschuss hat einen Betrag von zehntausend Schilling bewilligt. Der Verein für Landeskunde von Niederösterreich, der durch seine Leistungen auf heimatkundlichen Gebiet nicht nur allein für das Land Niederösterreich, sondern auch für die Bevölkerung Wiens von besonderer Bedeutung ist, erhielt eine Gemeindesubvention von tausend Schilling. Der gleiche Betrag wurde dem Verein für Geschichte der Stadt Wien bewilligt.

Die Verordnung über den Verkauf von Fleisch. Am 18. März 1922 hat der Bürgermeister als Landeshauptmann eine Verordnung erlassen, durch die der Kleinverschleiss von Fleisch geregelt wird. Das städtische Marktamt hat nun festgestellt, dass diese Verordnung vielfach nicht eingehalten wird und verweist besonders darauf, dass Beiried, Lungenbraten und Rostbraten nur ohne Zuwage verkauft werden dürfen. Lediglich jene Knochen, die bei der ortsüblichen Ausschrotung im oder am Fleisch belassen werden, dürfen bei diesen Fleischgattungen mitgewogen werden. Der Verkauf dieser oder anderer Fleischsorten unter dem Sammelnamen „Bratenfleisch“ ist verboten. Kalb-, Schweine-, Schaf- und Lammfleisch darf nur ohne Zuwage verkauft werden. Vorderes und hinteres Rindfleisch muss nach freier Wahl des Käufers mit oder ohne Zuwage verkauft werden. Falls der Verkauf mit Zuwage gefordert wird, darf die Zuwage in einem Kilogramm Verkaufsgewicht (Fleisch und Zuwage), bei vorderem Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen fünfzehn Prozent, bei hinterem Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen zwanzig Prozent und bei Fleisch ohne eingewachsene Knochen) vollständig abgelöst, fünfundzwanzig Prozent betragen. Als Zuwage dürfen nur Knochen von Rindern, nicht aber auch Knochen von anderen Tieren verwendet werden. Ausgenommen von der Verwendung als Zuwage sind jedoch die Knochen des Vorkopfes (Nase, Ober- und Unterkiefer bis zum dritten Backenzahn), von den Fussknochen das Kronbein und die Klauenknochen und schließlich Röhrenknochen ohne Mark. Als Zuwage sind aber jene Knochen nicht anzusehen, die dem Fleisch ein- oder angewachsen sind, sondern nur jene Knochen, die dem Fleisch beim Verkauf lose beigegeben werden. Der Kleinverschleisser hat auf der vorgeschriebenen Preistafel den Preis für je ein Kilogramm Verkaufsgewicht für jede Fleischgattung ersichtlich zu machen. Bei vorderem und hinterem Rindfleisch ist sowohl der Preis ohne als auch mit Zuwage anzuschreiben. Verboten ist jede andere Art der Preisanschreibung auf den Tafeln in den Geschäftslokalen, wie zum Beispiel „Rindfleisch von Schilling bis Schilling“. Das städtische Marktamt macht die Konsumenten auf diese Verordnung neuerlich aufmerksam.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 2. April 1925

Probefahrt auf der Stadtbahn. Gestern nachts wurde der erste fertiggestellte elektrische Zug der Wiener Stadtbahn erprobt. An der Probefahrt nahmen Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Emerling und der Präsident des Wiener Landtages, Abgeordneter Dr. Danneberg teil. Auf dem zur Freudenau führenden Gleis der Linie 80, wurde eine für die Stadtbahn bestimmte Stromspannung von rund siebenhundert Volt eingeleitet und hierauf mehrere Versuchsfahrten durchgeführt. Dabei erwiesen sich die mechanischen und elektrischen Einrichtungen als durchaus entsprechend. Der Zug besteht aus einem Motor- und zwei Anhängewagen, deren Wagenkasten gleichartig ausgestattet sind. Sie haben sehr geräumige, geschlossene Endplattformen mit seitlichen Schutüren, die einen getrennten Aus- und Einstieg ermöglichen. Der Mittelteil hat vierundzwanzig Sitzplätze. Die neuen Wagen können sowohl auf der Stadtbahn als auch auf der Strassenbahn verwendet werden. Auf der Stadtbahn können zwei und auch drei solcher Züge zu einem Sechs- oder Neunwagenzug zusammengezogen werden. Die Steuerung erfolgt aber immer nur durch einen Wagenführer an der Zugs Spitze. Die Züge werden mit einer selbsttätigen Druckluftbremse neuester Ausführung versehen.

Die Steuerdrucksorten. Der Magistrat teilt mit, dass nunmehr alle Abgabe- und Steuerdrucksorten und auch die Posterlagscheine nur von den Kassen der magistratischen Bezirksämter ausgegeben werden.

Der Stadtschulrat und die neuen Volksschullehrpläne. Das Unterrichtsministerium hat den Stadtschulrat für Wien aufgefordert zu dem seit vier Jahren zur Erprobung an die Schulen hinausgegebenen Lehrplänen Stellung zu nehmen. Der Stadtschulrat hat sich nun in zwei Vollsitzungen, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz im Sitzungssaal des Gemeinderates tagten, mit diesen Lehrplänen beschäftigt. Der Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel legte den Bericht der Amtsgemeinschaft der Landes- und Bezirksschulinspektoren sowie den Bericht über die durchgeführte Befragung der gesamten Wiener Lehrerschaft vor. Er verwies darauf, dass sich ein bedeutsamer Teil der Schulreform auf den neuen Lehrplan gründet. Dieser schlug auf vielen Gebieten des Schulbetriebes ganz neue Wege ein: das erstmal sollten Grundsätze, die das Ergebnis jahrelanger wissenschaftlicher Forschung sind oder sich auf den neuen Bedürfnissen des praktischen Lebens ergeben haben, in breiter Linie erprobt werden, so dass gleichzeitig alle Schulen ihre Tätigkeit auf den neuen Lehrplan einzustellen hatten. Der Lehrplan führt den Gesamtunterricht ein, wodurch der Stundenplan in den ersten fünf Schuljahren verschwindet und die Zerreißung der Lehrgebiete vermieden wird. Die Methode des Erarbeitens des Wissenstoffes durch die Kinder erzeugt Arbeitslust, das bedeutet in diesem Fall Lernfreudigkeit. Endlich ist die Durchführung des Grundsatzes der Bodenständigkeit der beste Weg um unmittelbar wirkendes, lebendiges Bildungsmaterial dem Kinde zuzuführen. Die Lehrerschaft wurde in ausserordentlich gewissenhafter Weise auf den neuen Lehrplan vorbereitet. Die Erfolge sind heute ganz klar sichtbar. Das geht auch aus den Gutachten der Schulaufsichtsorgane und insbesondere aus dem der Lehrerschaft hervor. Fünf Sechstel der Lehrkörper Wiens sind grundsätzlich für einen als Bildungsplan gedachten Rahmenlehrplan. Neun Zehntel der Lehrerschaft erklärt, dass der Geist des Lehrplanes den Forderungen der Pädagogik entspricht und dass neben der unterrichtlichen auch die erzieherische Aufgabe genügend klar zum Ausdruck kommt.

Sämtliche Gutachten stellen fest, dass sich die planmässig durchgeführten Lehrausgänge bewährt haben und dass sie für eine kindesgemässe, lebensvolle Gestaltung des Gesamtunterrichtes unentbehrlich sind. Der Referent beantragte, dass der an den Volksschulen Wiens wirkenden Lehrerschaft für ihre aufopfernde und erfolgreiche Mitarbeit an der Durchführung des neuen Lehrplanes die vollste Anerkennung und der Dank auszusprechen sind. Ferner: „Der Stadtschulrat für Wien spricht seine volle Zustimmung zum Aufbau, zu den Grundsätzen, den allgemeinen Bildungszielen und Klassenzielen den neuen Lehrplanes aus und stellt daher den Antrag, die definitive Einführung des neuen Lehrplanes zu verfügen.“

An der diesem Bericht folgenden Aussprache beteiligte sich eine grosse Zahl von Mitgliedern des Stadtschulrats. Der Direktor des katholischen Lehrerseminars Dr. Giese erklärte, dass sicher ein grosser Schritt nach vorwärts durch den Lehrplan gemacht worden sei. Wenn trotzdem eine allgemeine Zustimmung nicht erfolge, so liege das daran, dass ein Teil der Bevölkerung sich beunruhigt fühle, ob in dieser Art der Schulreform nicht vielleicht ein Vorstoss gegen die religiöse Erziehung der Kinder enthalten ist. Der Gesamtunterricht möge nur im ersten und zweiten Schuljahr durchgeführt werden. Die Einführung des Gedankens der Arbeitsschule ist sicherlich sympathisch, obwohl vielleicht zu viel Techniken eingeführt worden seien. Auch die Christlichsozialen haben den entschiedenen Willen den Arbeitsschulgedanken in der Volksschule durchzuführen. Der Lehrervertreter, Bürgerschuldirektor Neumann, verwies auf die hingebungsvolle Arbeit der gesamten Lehrerschaft. Kein Stadt leide so unter Nervenzusammenbrüchen wie der Lehrerstand, eine Beweis dafür, dass Lehrerarbeit schwere Arbeit sei. Stadtrat Rumsehhardt verlangte, dass ausgesprochen werde, dass der Lehrplan die ideellen Erziehungsforderungen namentlich was Religion, Volkstum und Vaterland anlahe, enthalte. Er trat auch für eine Reform der Lehrerbildung ein. Der Vertreter der deutschnationalen Lehrerschaft Reidl, sprach sich für den Lehrplan aus und verlangte, dass die bodenständige Erziehung zugleich bewusst völkische Erziehung sei. Referent Glöckel verwies darauf, dass der Lehrplan mit der politischen Forderung nach Konfessionslosigkeit des Unterrichts nichts zu tun haben könne. Die grundsätzlichen Bestimmungen des Lehrplanes müssen rein fachlich beurteilt werden. Durch den Lehrplan ist ein völlig neues fruchtbares Leben in die Schule eingezogen. Ein Grossteil der Lehrerschaft ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit, ist schöpferisch tätig, die Lehrarbeit wurde durchgeistigt, die Kinder gehen gern in die Schule und die Elternvereine stehen geschlossen hinter der Schulreform. Das sind Aktivposten, gegenüber denen zufällige Unzulänglichkeiten, vielleicht auch manchmal missverständene Anordnungen gar nicht in Betracht kommen.

Der Antrag des Referenten wurde mit allen gegen fünfzehn Stimmen angenommen.

Freiplätze an einer Privathandelschule für Mädchen. Vom Beginn des Schuljahres 1925/26 angefangen, wird an der Privathandelschule für Mädchen in Wien IX. Hernalsergürtel ein Freiplatz an nach Wien zuständige Bewerberinnen vergeben. Die Gesuche um diesen Freiplatz müssen von der Direktion jener Lehranstalt, die von der Schülerin derzeit besucht wird, bis längstens 15. Juni 1925 bei der Magistratsabteilung 8 im Neuen Wiener Rathaus eingereicht werden. Ausser dem Geburtschein und Heimatschein, sind noch das letzte Semesterzeugnis und ein Mittellosigkeitszeugnis anzuschliessen. An der Schule werden auch einige ermässigte Plätze vergeben. Gesuche um diese Plätze sind durch die Direktionen der Bürgerschule direkt an die Handelsschule zu leiten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien am Freitag, den 3. April 1925

.....
Strassenkonzerte für die Kinderrettungswode Anlässlich der grossen
Sammelaktion für den Landaufenthalt mittelloser Wiener Kinder, die vom
Wiener Jugendhilfswerk veranstaltet wird, finden folgende Konzerte
statt: Samstag, Innere Stadt: Am Hof um 3 Uhr nachmittags, Kapelle der
städtischen Feuerwehr Neubau: In den Hauptstrassen und auf den Plätzen
nachmittags, Konzert des Neubauer Musikbundes, Franz Schubert, Meidling:
In den Hauptstrassen, Beginn um 3 Uhr nachmittags, Kapelle des Republi-
kanischen Schutzbundes, Rudolfsheim: In den Hauptstrassen und auf den
Plätzen um 4 Uhr nachmittags ein Sammelzug mit Konzert der Kapelle
der Musiksektion der Eisenbahner Wien West, Fünfhaus: Um 3 Uhr nach-
mittags wird der erste Wiener Arbeiter-Musikverein von der Robert
Kamerlinggasse aus einen Musikzug für den unteren Teil des Bezirkes
veranstalten. Gleichzeitig wird die Eisenbahnerkapelle Wien Westbahn-
hof von Kriemhildplatz aus durch den oberen Teil des Bezirkes ziehen.

WIENER - GEMEINDERAT

Sitzung vom 3. April 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die
Sitzung. Ohne Wortmeldung wird ein Antrag des Gemeinderates Michal
angenommen, hierfür den Umbau eines Teiles ^{der} Hochspannungsschaltanlage
der Unterstation Mariahilf der Elektrizitätswerke einen Sachkredit von
200.000 Schilling vorsieht. Ferner ein Antrag des Gemeinderates Nacht-
nebel, für die Ausgestaltung der Gassaugeranlage im Gaswerk Leopoldau
einen Nachtragskredit von 24.000 Schilling zu genehmigen, ein Antrag
des Gemeinderates Reisinger, nach dem für den Umbau der Lichtnetzver-
teileranlage der Unterstation „Neubau“ der Elektrizitätswerke ein Sach-
kredit von 130.000 Schilling bewilligt wird, ein Antrag des Gemeindev-
rates Schütz, der verlangt, dass heuer abermals von der Gemeinde ein
Wettbewerb für die Ausschmückung von Fenstern, Geschäftsportalen und
Balkonen mit Blumen, veranstaltet werden soll, wird ebenfalls ohne Debat-
te angenommen. Anträge des Stadtrates Siegel

in Simmering, Weissbergstrasse-Ehngasse eine Wohn-
hausanlage zu errichten und den Kostenaufwand von 2.750.000 Schilling
zu genehmigen, werden ohne Wortmeldung angenommen. Gleichfalls ohne De-
batte werden Anträge des Vizebürgermeisters Emmerling angenommen, nach
denen für die Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung aus dem Ge-
bahrungsergebnis der Gaswerke 500.000 Schilling bewilligt werden
und für eine Zusatzmaschine der Unterstation Sechshaus der Elektrizit-
ätswerke ein Kredit von 140.000 Schilling genehmigt wird. Ohne Wort-
meldung werden weiters die Anträge der Gemeinderäte Hiess und Thaller
angenommen, die Subventionen für den Wiener Dombauverein, für den Ver-
ein gegen Verarmung, für den Verein Hauskrankenpflege, für den Wiener
Täterschutzverein, für die freiwillige Feuerwehr in Kaiserbrunn, für den
Unterausschuss für die Normung des natürlichen Gesteins, für den Verein
für Geschichte der Stadt Wien, für den Verein für Landeskunde für Nie-
derösterreich, für den Verein Volksheim, für den Verein Zentralbibliothek
und für den Wiener Volksbildungsverein vorsehen. Auf Antrag des Gemein-
derates Lötsch wird die Errichtung eines Ferkelmarktes in Gross Jedlers-
dorf beschlossen und der erforderliche Aufwand von 123.000 Schilling
genehmigt. Anträge des Gemeinderates Grünfeld für die Umgestaltung der
Leichenkammern auf dem Friedhof in Aspern einen Betrag von 19.600
Schilling und für den gleichen Zweck auf dem Kagraner Friedhof einen
Betrag von 13.000 Schilling zu bewilligen, werden ebenfalls angenommen.
Auf Antrag der Gemeinderäte Witzmann ^{Alt} und Lötsch, werden Grundkäufe
auf der Wieden, in Favoriten und Zuschusskredite für Wertzuwachsabgabe

anlässlich von Grundkäufen, genehmigt. Ebenfalls ohne Debatte wird ein
Antrag des Gemeinderates Dr. Friedjung angenommen, der die gründlich
Instandsetzung der Bäder, Abwaschräume und Teeküchen im Leopoldstäd-
ter Kinderspital verlangt; der Kostenaufwand von 27.600 Schilling
wird genehmigt.

Es wird nun folgender Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte
Biber und Genossen (chr. soz.) verhandelt:

Am Donnerstag, den 1. April abends, ist in dem der Ge-
meinde Wien gehörigen mit einem Aufwand von vielen Milliarden Kro-
nen ausgestatteten Ziegelwerke Oberlaa durch Bruch der Tragkonstruk-
tion ein grosser Teil der Decken eingestürzt und eine Senkung des
Dachstuhles eingetreten; auch soll ein Teil der neuen Maschinen mit
in die Tiefe gestürzt sein. Da das Unglück in später Abendstunde
geschehen ist, sind glücklicherweise Menschenleben nicht zu beklagen.

Nachdem sich ein ähnlicher Einsturz binnen Jahresfrist
bereits zum zweiten male bei einem städtischen Bau ereignet hat,
ist die Öffentlichkeit hierüber beunruhigt; sie hat darum ein be-
rechtigtes Interesse so rasch als möglich volle Klarheit über die-
sen bedauerlichen Unglücksfall so wie über seine Ursachen zu erlan-
gen.

Die Gefertigten stellen daher den dringlichen Antrag
Der Gemeinderat wolle beschliessen:

1. Anlässlich des Einsturzes eines grossen Teiles der
Decken im Ziegelwerk Oberlaa der Gemeinde Wien wird
ein aus den Parteien des Gemeinderates nach dem Proporz (§§ 31 und
32 G.W.O.) zu wählender fünfgliedriger Ausschuss eingesetzt mit
der Aufgabe, die Ursache dieses Unfalles restlos aufzuklären und
festzustellen, ob und wen ein Verschulden daran trifft;

2. Dieser Ausschuss hat unverzüglich Erhebungen an
der Unfallsstelle zu pflegen und sind ihm alle zum Zwecke der Auf-
klärung notwendigen Akten, Pläne, Berechnungen und sonstigen Behelfe
zur Einsicht vorzulegen.

G.R. Biber erklärt, seinen Antrag dahin abzuändern,
dass mit der Untersuchung nicht ein aus dem Gemeinderat zu wählender
Ausschuss zu betrauen ist, sondern der Gemeinderatsausschuss
für technische Angelegenheiten, der dem Gemeinderat über das Ergeb-
nis Bericht zu erstatten hat.

Dem Antrage wird die Dringlichkeit einstimmig zu-
erkannt.

Es gelangt sodann ein weiterer Dringlichkeitsantrag
des Gemeinderates Binder und Genossen (ch. soz.) zur Verlesung,
in dem es heisst, es habe sich bei einer Abstimmung in der Bezirks-
vertretung Landstrasse ergeben, dass 13 Mitglieder für und 14 gegen
einen Antrag auf Erteilung einer Konzession stimmten, so-
dass dieser Antrag als abgelehnt anzusehen gewesen sei. Nun habe
der Bezirksvorsteher für den Antrag sich ausgesprochen und verkündet,
dass nunmehr Stimmgleichheit bestehe, der Antrag schon als an-
genommen zu betrachten sei. Dieser Vorgang sei geschäftsordnungs-
widrig. Der Bürgermeister wird ersucht, den erwähnten Beschluss
aufzuheben und an den Bezirksvorsteher die Weisung ergehen zu
lassen, dass für die Fassung von Beschlüssen die derzeit geltende
Geschäftsordnung des Gemeinderates massgebend sei, wonach der
Vorsitzende nur bei Stimmgleichheit dirigieren dürfe.

Nach dem der Antragsteller eine kurze Begründung
vorgebracht hatte, wird zur Abstimmung geschritten und dem An-
trage die Dringlichkeit nicht zuerkannt, der Antrag vielmehr der
geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Die Sitzung wird hierauf um 6 Uhr geschlossen.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o h a y

Wien, am Samstag, den 4. April 1925

Die elektrische Strassenbeleuchtung.

Was geschieht mit den überflüssigen Gaslaternen?

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auf Antrag des Gemeinderates Ferenz abermals beschlossen, eine Reihe von Strassenzügen elektrisch zu beleuchten. In der Leopoldstadt wird die Obere Augartenstrasse an Stelle der bisherigen Gasbeleuchtung elektrisches Licht erhalten; in der Josefstadt werden die Strozzi- und die Lederergasse, in Favoriten die Quellenstrasse, der Gallertplatz, die Abbergasse und die Gudrunstrasse, in Simmering die Gottschalk- und die Geiselbergstrasse, in Meidling die Breitenfurterstrasse und die Hetzendorferstrasse, in Hietzing die Feldkellergasse und in Rudolfshiem die Felberstrasse von der Schweglerstrasse bis zur Johnstrasse statt mit Gas nunmehr elektrisch beleuchtet werden. Die Kosten der erforderlichen Installationsarbeiten werden mit 137.599 Schilling veranschlagt, die Arbeiten sind bereits an Wiener Unternehmungen vergeben worden und werden unverzüglich aufgenommen, so dass in kürzester Zeit alle diese Strassenzüge elektrisch beleuchtet werden.

Durch die immer mehr fortschreitende Einführung der elektrischen Strassenbeleuchtung werden nun die Gaslaternen überflüssig und das Stadtbauamt hat versucht diese Gaslaternen als Lichtmast für die elektrische Strassenbeleuchtung zu verwenden. Diese Versuche sind sehr günstig ausgefallen. Es werden die Kandelaber bis über das eingegessene Wappen der Gemeinde Wien wieder verwendet; dort wird nämlich ein Siederrohr eingeschoben, das in einen bogenförmigen Ausleger übergeht. Durch diese Verlängerung entsteht ein fünfeinhalb Meter hoher Lichtmast, der sich vor allem für kleine Rettungsinselfund schmale Gehsteige eignet, also überall dort aufgestellt werden kann, wo die Raumverhältnisse stark eingeschränkt sind. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat dieser Verwendung der überflüssigen Gaskandelaber zugestimmt. Es wandern also diese Gaslaternen keineswegs ins alte Eisen, sondern sie werden wieder der öffentlichen Beleuchtung, freilich einer weitaus moderneren, dienen.

Die Gemeinde vollendet das Einküchenhaus.

Der Bauentwurf genehmigt.

Die Baugenossenschaft „Heimhof“ hat auf der Schmelz in der Löschenkohlgrasse ein Familien-Einküchenhaus errichtet, das ursprünglich ungefähr dreihundert Wohnungen enthalten sollte. Infolge des Krieges konnte die Genossenschaft kaum dreissig Wohnungen fertigstellen, während die zentralen Anlagen, wie Beheizung, Küche u. s. w. für den grossen Umfang der Anlage ausgestaltet wurden. Die Genossenschaft hat nun die Gemeinde ersucht, den schon bestehenden Teil zu übernehmen und die Anlage vollständig auszubauen. Der Wiener Stadtsenat hat bereits im Herbst 1924 diesem Ersuchen entsprochen und es wurde der Architekt Polak-Hellwig mit der Verfassung der Bauentwürfe betraut. Diese Entwürfe sind vor einigen Tagen vom Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten auf Antrag des städtischen Baureferenten amtsführenden Stadtrates Siegel genehmigt worden. Die gesamte Grundfläche für den Bau dieses Familien-Einküchenhauses beträgt 5026 Quadratmeter, davon hat die Genossenschaft bereits 510 Quadratmeter verbaut, nach den neuen Plänen werden weitere 2654 Quadratmeter verbaut, so dass eine unverbaute Fläche von 1862 Quadratmeter verbleibt. Die neue Anlage wird 256 Wohnungen enthal-

ten; ausserdem werden achtzehn Personalzimmer errichtet. Zur Ergänzung der Zentralküche haben alle Wohnungen eine unmittelbar nach aussen gelüftete und belichtete Wirtschaftsnische, die einen Wandbrunnen, einen eingebauten Schrank mit zwei Türen und einer Buchenholzplatte enthält. In jeder Wohnung ist Gas und elektrisches Licht eingeleitet. Alle Wohnungen erhalten Parkettboden und im Vorraum ein eigenes Klosett. Grundsätzlich ist sowohl in den Wohnungen, als auch in den gemeinsamen Räumen nur Gasheizung vorgesehen. Für die vorschulpflichtigen Kinder der Bewohner dieser grossen Anlage wird ein eigener Kindergarten errichtet. Im Dachgeschoss wird für die schulpflichtigen Kinder ein besonderer Kindertagraum geschaffen, der unmittelbaren Ausgang auf die Dachterrasse hat. In der schon bestehenden Anlage werden die Küche und die Wäscherei erweitert. Die Kosten der neuen Anlage werden auf 2,611.000 Schilling veranschlagt und aus den Eingängen aus der Wohnbausteuer gedeckt. Mit den Arbeiten wird sofort nach der Zustimmung des Gemeinderates begonnen werden. Die Anlage wird vor allem von den Familien, in denen Mann und Frau ausser Haus beruflich tätig sein müssen, freudig begrüsst werden. Sie wird in ihrer Art eine Mustereinrichtung sein.

Die Lehrlingsfürsorge im Film. Die Lehrlingsfürsorgeaktion beim Volksgesundheitsamt veranstaltet am Montag, den 6. April um 7 Uhr abends im Festsaal des Arbeiterheimes Favoriten, Laxenburgerstrasse 8, einen Lichtbildervortrag über die Erholungsheime Bruck an der Leitha, Fischau an der Schneebergbahn, Gobelburg am Kamp, Niederau bei Salzburg, Schloss Neuhengbach und Wieselburg an der Erlauf. Während der Vorführung wird der Leiter der Aktion Sekretär Marianek über den weiteren Ausbau der Erholungsfürsorge für die erwerbstätige Jugend sprechen. Daran schliesst eine Filmvorführung: Lehrlingsferien in Oesterreich.

Strassenkonzerte für die Kinderrettungswoche. Am Sonntag wird eine grosse Zahl von Musikkapellen die Wiener auf die Kinderrettungswoche aufmerksam machen, die vom Wiener Jugendhilfswerk veranstaltet wird. Der Ertrag dieser grossen Sammelaktion wird für die Deckung der Kosten des Landaufenthaltes armer Wiener Kinder verwendet. Auf dem Mariahilfergürtel wird von 9 bis 11 Uhr vormittags die Musikkapelle des Infanterieregimentes Nr. 2, im Stadtpark von 11 bis 1 Uhr mittags die Musikkapelle des Infanterieregimentes Nr. 3, auf dem Rathausplatz von 11 bis 12 Uhr mittags die Musikkapelle des Infanterieregimentes Nr. 4 und auf dem Fraterstejn von 10 bis 12 Uhr mittags die Musikkapelle des Infanterieregimentes Nr. 5 spielen. Auf der Landstrasse wird die Musikkapelle des Republikanischen Schutzbundes von 9 Uhr vormittags an einen Umzug durch den Bezirk veranstalten. Auf dem Neubau wird der Neubauer Musikbund „Franz Schubert“ in den Hauptstrassen und auf den Plätzen vormittags konzertieren. In Meidling wird die Musikkapelle des Republikanischen Schutzbundes um 11 Uhr vormittags ein Strassenkonzert veranstalten. In Hietzing konzertieren von 10 bis 12 Uhr mittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags vor dem Haupteingang des Schönbrunner Schlosses die Musikkapellen der Wiener Strassenbahnen und zu gleicher Zeit findet auf dem Hietzinger Platz ein Konzert der Kapelle des Republikanischen Schutzbundes statt.

Keine Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Am Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Breitner.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 4. April 1925. Zweite Ausgabe

Sprechstunde beim Bürgermeister. Am Montag können in der allgemeinen Sprechstunde bei Bürgermeister Seitz nur solche Parteien vorsprechen, die eine schriftliche Verständigung erhalten haben.

Strassenkonzerte für die Kinderrettungswoche. Zu dieser in der ersten Ausgabe enthaltenen Notiz wird mitgeteilt, dass in Hietzing das Konzert der Musikkapelle des Republikanischen Schutzbundes nicht stattfindet. Ferner ist zu ergänzen: Mariahilf: Esterhazy-park und in den Hauptstrassen vor-mittags Konzert der Kapelle des katholischen Gesellenvereines. Währing: Umzug und Platzmusik der Strassenbahnerkapelle Bahnhof Gürtel von 8 bis 12 Uhr mittags. Floridsdorf: Am Spitz von 10 bis 12 Uhr mittags, Konzert der Werkskapelle der Nordbahnwerkstätten. Die Musikkapelle der städtischen Gauwerke wird um 8 Uhr früh von der Buchfeldgasse durch die Josefstadt Hernals und Währing einen Umzug veranstalten.

Hörer der technischen Hochschule besichtigen die Gemeindebauten. Die Gemeinde Wien führt gegenwärtig einige bedeutende Bauten durch, die sich insbesondere zu Studienzwecke auf dem Gebiet des Eisenbetonbaues eignen. In erster Linie trifft dies bei dem Bau des Amalienbades in Favoriten zu. Am Freitag führten Stadtrat Siegel, Baudirektor Ingenieur Musil, Obersenatsrat Hafner und Senatsrat Fiedler eine grosse Zahl von Hörer und Hörerinnen der technischen Hochschule in diese im Bau befindliche Badeanlage, sowie in einige andere Gemeindebauten. Rektor Professor Dr. Saliger dankte für das Entgegenkommen der Gemeinde, das den Hörern praktische Studien ermögliche. Stadtrat Siegel erwiderte, dass die Gemeindeverwaltung gerne bereit sei, den Hörern der technischen Hochschule alle im Bau befindlichen Anlagen zu Studienzwecke zugänglich zu machen.

Keine Sitzung des Gemeinderates. In den kommenden Woche entfallen die Sitzungen des Wiener Stadtsenates und des Gemeinderates.

Achtundvierzigtausend Quadratmeter Glas! Es ist allgemein bekannt, dass durch den Bau neuer Wohnhäuser fast alle Gewerbe beschäftigt werden. Das umfangreiche Wohnhausbauprogramm der Gemeinde Wien schafft vielen tausenden Arbeitern, Angestellten und Unternehmungen die erwünschte Verdienstmöglichkeit. Von den Mengen der für diese Wohnhausanlagen erforderlichen Materialien machen sich aber wohl die wenigsten Menschen eine richtige Vorstellung. Es sei nur erwähnt, dass die kürzlich vollendete grosse Wohnhausanlage „Fuchsenfeldhof“ nicht weniger als 5,464.000 Stück Ziegel erforderte, ausserdem 2,832.000 Kilogramm Zement, 864.000 Kilogramm gebrannter Kalk, 364.000 Kilogramm Eisen und 20.300 Kubikmeter Sand und Schotter. Würde man die Ziegel, die zum Bau dieser Anlage notwendig waren, zu einer Säule von einem Quadratmeter ^{Querschnitt} aufstapeln, so ergäbe sich eine Höhe von 22.400 Meter, was ungefähr hundertsechzigmal so hoch ist, als der Stefansturm! Vor einigen Tagen hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten die für die Wohnhausbauten im laufenden Jahr erforderlichen Fenstergläser bestellt, wobei sich zeigte, dass diese Bestellung nicht weniger als achtundvierzigtausend Quadratmeter Glas umfasst! Die Kosten betragen rund 195.000 Schilling. Auch dieser Auftrag an die heimische Industrie, zeigt die grosse Bedeutung des Wohnhausbauprogrammes der Wiener Gemeindeverwaltung für die Belebung der Volkswirtschaft.

Die Entwürfe für 1134 neue städtische Wohnungen genehmigt. Die Wiener Gemeindeverwaltung arbeitet unausgesetzt an der Durchführung des grossen Wohnhausprogrammes. Der städtische Baureferent amtsführender Stadtrat Siegel hat dem Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten abermals fertige Entwürfe für neue Wohnhausanlagen vorgelegt, die zusammen 1134 Wohnungen umfassen. Ein Entwurf stammt von den Architekten Hartwig Fischel und Josef Bayer und sieht die Verbaugung einer Platze im Zuge der Sechschimmelgasse auf dem Ausergrund vor. Die Baustelle ist 538 Quadratmeter gross, davon werden 320 Quadratmeter verbaut, während der übrige Teil in einer Gartenanlage umgewandelt wird. Die Anlage wird 32 Wohnungen und zwei Geschäftslokale enthalten. In Favoriten wird nach den Plänen der Architekten Ingenieur Dr. Theuer, Dr. Böck und Dr. Zotter auf dem Friesenplatz eine Wohnhausanlage errichtet. Sie wird 187 Wohnungen, zwei Geschäftslokale, einen Kinderhort und einen öffentlichen Kindergarten enthalten. Im Erdgeschoss werden zwei Werkstätten eingebaut. Von dem 4020 Quadratmeter grossen Grundstück werden nur 2170 Quadratmeter verbaut, die übrige Fläche entfällt auf einem grossen gärtnerisch ausgestalteten Hof, der als Kinderspielplatz dienen wird. Alle neun Sitzenhäuser sind von diesem Hof aus zugänglich. In der Goldschlagstrasse in Hietzing wird die Gemeinde nach den Plänen des Architekten Heinrich Vana einen 1528 Quadratmeter grossen Baugrund mit einem 49 Wohnungen enthaltenden Haus verbauen. Die verbaute Fläche ist 805 Quadratmeter, auch hier sind zwei grosse Höfe vorgesehen, die gärtnerisch ausgeschmückt werden. Die Architekten Mittag und Hauschka haben den Entwurf für eine grosse 202 Wohnungen umfassende Wohnhausanlage auf dem Mattisplatz in Fünfhaus vorgelegt. Die Anlage wird auch vier Geschäftslokale und einen Kinderaufenthaltsraum enthalten. Die Baufläche ist 6058 Quadratmeter gross, auf ihr werden dreizehn Wohnhäuser errichtet. Unverbaut bleiben 3928 Quadratmeter für die Höfe und eine Gartenanlage. In Ottakring steht bereits der erste Teil der grossen Wohnhausanlage Sandeiten vor der Vollendung. Diese Anlage wurde in fünf Teile getrennt. Für den fünften Teil wurden die Bauentwürfe von den Architekten Theiss-Jaksch-Kraus und Tölk ausgearbeitet. Es werden achzehn kleinere Häuser gebaut, die 216 Wohnungen enthalten. Die Baufläche beträgt 15.788 Quadratmeter, verbaut werden aber nur 4214 Quadratmeter. Grosse Vorgärten, ein eigener Kindergarten und zehn Geschäftslokale sind gleichfalls vorgesehen. Für die Verbaugung eines Grundstückes in Döbling (Sommergasse-Döblingergürtel-Guneschgasse) haben die Architekten R. Frass, R. Perce und K. Dorfmeister einen Entwurf verfasst. Die Anlage besteht aus vierzehn Häusern mit 256 Wohnungen. Von der gesamten Fläche von 7196 Quadratmeter werden 3798 Quadratmeter verbaut, 774 Quadratmeter für Gartenanlagen, 1662 Quadratmeter für einen gärtnerisch ausgestalteten Hof und 962 Quadratmeter für einen Strassenhof verwendet. Auch ein Kinderhort, Werkstätten, Geschäftslokale und eine Badeanlage werden errichtet werden. Schliesslich lag dem Ausschuss noch ein Bauentwurf des Stadtbauamtes für eine Wohnhausanlage in Floridsdorf (Carrogasse-Justgasse-Berzeliusplatz) vor. Es werden dort auf einer Grundfläche von 6470 Quadratmeter siebzehn Wohnhäuser mit 192 Wohnungen errichtet. Verbaut werden 3766 Quadratmeter, der übrige Teil verbleibt für drei Gartenhöfe. Eine Badeanlage, eine Tagesheimstätte für Kinder, Magazine und Geschäftslokale sind vorgesehen. Die voraussichtlichen Baukosten dieser Wohnhausanlagen werden auf 15,205.000 Schilling veranschlagt und ^{aus} den Erträgen der Wohnbausteuer bedeckt.

Der Ausschuss hat die Entwürfe genehmigt. Mit den Bauarbeiten wird sofort begonnen werden, wenn der Gemeinderat die Zustimmung erteilt haben wird.

R A . H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 6. April 1925

Die Zahl der Wiener Wähler im Jahre 1925. Gegenüber dem Jahre 1923 um vierzigtausend Wähler mehr!

Zuf Grund der Wahlordnung für die Nationalversammlung ist der Bürgermeister jeder Gemeinde verpflichtet alljährlich eine neue Wählerliste nach dem Stand vom 1. Jänner anzulegen und am 1. Februar zur öffentlichen Einsicht und Reklamation aufzulegen. Für die grösseren Gemeinden bedeutet das nicht unbeträchtliche Ausgaben. Die Gemeinde Wien zum Beispiel musste für diese Arbeit fast sechshundert Millionen Kronen aufwenden. Es liegt nun ein Bericht des Magistrates über diese Wähleraufnahme vor, dem wir einige interessante Zahlen entnehmen. In die neue Wählerliste wurden 649.314 weibliche und 554.420 männliche, zusammen daher 1.183.734 Personen aufgenommen. Die letzte Wähleraufnahme fand bekanntlich anlässlich der Wahlen für den Nationalrat und die Wiener Gemeindevertretung im Jahre 1923 statt. Damals wurden 622.926 weibliche und 517.397 männliche, zusammen also 1.140.323 Wahlberechtigte gezählt. Es hat also die Zahl der Wahlberechtigten in einem Jahre um mehr als dreihunderttausend zugenommen! Gegen die neue Wählerliste wurden insgesamt 5427 Einsprüche erhoben, von denen 5069 berechtigt und 358 unberechtigt waren. Von den 5069 Reklamationen, denen stattgegeben wurde, betrafen 4143 die Aufnahme in die neue Wählerliste, 131 die Streichung aus der Liste und 795 Richtigstellungen der Schreibweise von Namen und ähnlichen Irrtümern.

Was kosten die Uniformen für die Wiener Feuerwehr? Die Wiener Stadtverwaltung hat in den ersten Monaten dieses Jahres alle grösseren Aufträge, die im Hauptvoranschlag für das Jahr 1925 vorgesehen sind, an heimische Firmen vergeben, um so wirksam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter hat nunmehr der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten auch den Bedarf an Uniformen und Wäsche im Jahre 1925 für die städtische Berufsfeuerwehr bestellt. Die Bestellung umfasst eine Summe von 163.620 Schilling (1.636.200.000 Kronen) und wird ausserordentlich befruchtend auf die Bekleidungsindustrie wirken. Gleichzeitig wurde beschlossen für den Einbau von sechs Benzinaggregaten in elektromobile Geräte 12.700 Schilling zu bewilligen und auch diese Arbeit sofort zu vergeben.

Wann sind Wohnhausbauten steuerfrei? Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes.

Der Wiener Magistrat hat das Ansuchen der Frau H. F. um Zuerkennung der dreissigjährigen Steuerfreiheit für den Zu- und Umbau ihrer Villa in Pötzleinsdorf abgewiesen, weil nach den Erhebungen festgestellt worden ist, dass diese Bauten schon vor dem 28. November 1921 begonnen wurden. Nach dem Gesetz müsse aber der Baubeginn nach dem 28. November 1921 erfolgt sein; erst dann sind diese Objekte steuerfrei. Wegen dieser Entscheidung des Magistrats wurde die Abgabenbeschwerdekommision der Gemeinde Wien angerufen, die sich der Auffassung des Magistrats anschloss. Am 31. März beschäftigte sich nun der Verwaltungsgerichtshof mit der an ihn in dieser Angelegenheit gerichteten Beschwerde. Unter

dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Sax und nach Anhörung des Vertreters der Beschwerdekommision der Gemeinde, Obermagistratsrates Dr. Urban, wurde die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. In der Begründung dieser Entscheidung wird ausgeführt, dass es Sache der Beschwerdeführerin war, nachzuweisen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Steuerfreiheit vorliegen, was nicht geschehen sei. Wenn die Behörde versucht hat, durch Erhebungen den Tag des Baubeginnes selbst festzustellen, so hat sie mehr getan, als wozu sie verpflichtet ist.

Die Schülerspeisung der Gemeinde Wien. Gegenwärtig werden von der Wiener Gemeindeverwaltung täglich durchschnittlich 11.235 Schulkinder verköstigt. Davon sind nahezu siebenzig Prozent von jeder Zahlung befreit. Die übrigen Schulkinder zahlen je nach der wirtschaftlichen Bedürftigkeit ihrer Eltern wöchentlich siebentausend, vierzehntausend und als Höchstbetrag siebenundzwanzigtausend Kronen. Da es in Wien rund hundertfünfzigtausend Schulkinder gibt, wird eigentlich diese wichtige soziale Einrichtung der Gemeinde verhältnismässig nur gering ausgenutzt. Das städtische Jugendamt hat nun den Wiener Stadtschulrat ersucht alle Lehrpersonen aufzufordern mit den Kindern in einer leicht fasslichen Art bei passenden Gelegenheiten, namentlich im Fachunterricht an den Bürgerschulen, über die richtige Ernährung und über die Schülerspeisung zu sprechen und auch an den Elternabenden über die Organisation dieser Einrichtung zu berichten. Der Stadtschulrat hat diesem Ersuchen entsprochen. Es obwaltet gewiss kein Zweifel, dass auf diesem Gebiet die Fürsorge der Gemeinde noch viel mehr erspriessliche Arbeit leisten kann, wenn sie überall die entsprechende Unterstützung durch die Schule findet. Die Gemeinde hat für das Jahr 1925 für die Schülerspeisung achzehn Milliarden Kronen bewilligt. Es können mit dieser Summe täglich vierzehntausend Kinder ausgespeist werden. Gegenwärtig sind sechzig öffentliche Schulspeisestellen in Betrieb, die auf die einzelnen Bezirke verteilt, in solchen Entfernungen von den in Betracht kommenden Volks- und Bürgerschulen liegen, dass die Schulkinder bequem bis $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nachmittags dort erscheinen können. Die Schulspeisestellen sind an allen Wochentagen von $\frac{1}{2}$ 12 bis 2 Uhr offen. Die Zuweisung der Kinder geschieht durch das Bezirksjugendamt des Wohnortes.

Gemeindesubvention für Theater- und Konzertaufführungen. Auf Antrag des Gemeinderates Hellmann hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen einen Betrag von zweiunddreissigtausend Schilling für Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte zu bewilligen. Davon erhalten die Kunststelle der sozialdemokratischen Partei 22.272 Schilling, die Kunststelle für christliche Volksbildung 5.568 Schilling und die Kunststelle für öffentliche Angestellte 4160 Schilling.

Ausgestaltung des Volksbades in Hietzing. Für das stets steigende Badebedürfnis der Bevölkerung Hietzings reichen die beiden in diesem Bezirk befindlichen städtischen Bäder nicht mehr aus. Nun hat auf Antrag des Gemeinderates Schmid der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, im städtischen Volksbad in der Hütteldorferstrasse ein Wannenbad einzurichten. Die Anlage wird vierzehn Badeskabinen umfassen. Die Arbeiten wurden sofort vergeben. Die Kosten betragen 73.500 Schilling. Die neue Anlage wird in kürzester Zeit benützt werden können.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 6. April 1925. Zweite Ausgabe

Die verbotene Arbeitslosenversammlung. Heute Mittag erschienen bei Bürgermeister Seitz die Mitglieder Böhm, Haas, Katz, Kleiner und Havlicek des Zentralarbeitslosenkomitees um gegen das Verbot der für morgen geplanten Versammlung der Arbeitslosen Beschwerde zu führen. Die Abordnung bat den Bürgermeister bei der Polizeidirektion zu intervenieren, damit dieses Verbot zurückgezogen werde. Zugleich kündigte sie an, dass für den Fall, dass die Polizei nicht selbst das Verbot aufhebe, gegen die Verfügung der im Gesetz vorgesehene Rekurs erhoben werde. Bürgermeister Seitz antwortete, er habe von dem Verbot dieser Versammlung nur aus den Zeitungen erfahren und werde, wenn dagegen ein Rekurs eingebracht werden sollte, die Akte abverlangen und einer genauen Prüfung unterziehen. Was das Ersuchen anlangt, auf die Polizeidirektion einen Einfluss im Sinne der Aufhebung des Versammlungsverbotes zu nehmen, sei er gerne bereit, zu intervenieren und zwar selbstverständlich zunächst dahingehend, dass die Polizei mit den Verarbeitern über die Form der Durchführung verhandle und zu einer Verständigung gelange. Es sei daher zweckmässig, wenn die Einberufer noch einmal mit der Polizeidirektion Fühlung nehmen.

Vierhundert Millionen für die Kinderrettungswoche Die vom Wiener Jugendhilfswerk gestern in den Strassen Wiens veranstaltete Sammlung für die Deckung der Kosten des Landaufenthaltes armer Kinder hat, so weit sich schon jetzt feststellen lässt, mehr als vierhundert Millionen Kronen ergeben.

Bruch eines Wasserrohres. Am Sonntag ist in der Alserstrasse, Ecke Feldergasse ein Rohr der Wasserleitung gebrochen und es erfolgte ein ziemlich bedeutender Wasseraustritt. Da an dieser Stelle vier Rohre liegen, konnte erst nach längerer Arbeit ermittelt werden, welches Rohr beschädigt ist. Die Ursachen dieses Rohrbruches sind noch nicht festgestellt.

Freiplätze der Gemeinde an der Hochschule für Welthandel. Für das Studienjahr 1925/26 werden an der Hochschule für Welthandel in Wien fünf Freiplätze an Hörer der ersten zwei Semester verliehen. Um diese Plätze können sich nach Wien zuständige bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben, bewerben. Die Gesuche sind an die Abteilung 8 des Wiener Magistrates zur richten, jedoch bei der Hochschule für Welthandel, XIX. Felix Mottlgasse 1, vom 1. bis 15. Juli 1925, einzureichen. Den Gesuchen ist beizulegen der Geburtsschein, der Heimatschein, ein Mittellosigkeitszeugnis, aus dem die Erwerbs-, Vermögens und Familienverhältnisse des Ansuchenden und seiner unterhaltspflichtigen Angehörigen, insbesondere auch der allfällige Genuss von Stipendien oder Freiplätzen des Bewerbers oder seiner Geschwister zu ersehen sind und die letzten Studienzeugnisse, sowie das Zeugnis über die Reifeprüfung.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 7. April 1925

Ein japanischer Gast im Rathaus. Der Superintendent des japanischen Spitals in Canton, Dr. Haruo Nagata, der sich in seiner Eigenschaft als Gesundheitsinspektor der japanischen Regierung für Formosa auf einer Studienreise durch Europa befindet, hat eine Reihe von Wiener sozialen und hygienischen Einrichtungen eingehend besichtigt. Insbesondere waren es die Anstalten der Gemeinde Wien zur Bekämpfung der Tuberkulose, ferner die Wasserversorgung und das Kanalisationswesen, die das besondere Interesse des Gastes aus dem fernen Osten erregten.

Jubilare der Ehe. Am Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters der amtsführende Stadtrat Speiser den goldenen Hochzeitspaaren Philipp und Juditha Bassel, Schönbrunnerstrasse 14, Josef und Anna Demel, Rothneusiedel 22, Georg und Maria Eder, Schiffmühlstrasse 69 und Josef und Karoline Haitzl, Rüdigergasse 7, die Ehrengabe der Gemeinde.

Entfallende Sprechstunden im Rathaus. Am Donnerstag entfallen die Sprechstunden bei den amtsführenden Stadträten Kokrda und Professor Tandler.

Keine Durchfahrt durch die Starhembergasse. Der Magistrat hat die Durchfahrt durch die Starhembergasse in der Strecke zwischen Rainergasse und Waltergasse für Lastenfuhrwerke gänzlich untersagt. Allen sonstigen Fuhrwerken ist die Durchfahrt von acht Uhr abends bis sechs Uhr früh verboten. Gleichzeitig wurde die Durchfahrt durch die Rainergasse in der Strecke zwischen der Favoritenstrasse und der Johann Straussgasse für Lastenfuhrwerke gesperrt. Die Nichtbeachtung dieser Sperre wird mit Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen belegt. Die Absperrung musste deshalb erfolgen, weil gegen diese Gasse zu der grosse Krankensaal des Wiedner Krankenhauses gelegen ist und den dort liegenden Schwerkranken der Lärm der Fuhrwerke arge Beschwerden bereitet.

Die Lehrlingsfürsorge im Film. Gestern führte die Lehrlingsfürsorgeaktion beim Volksgesundheitsamt einen ausgezeichneten Film vor, der die Entwicklung dieser für den Wiederaufbau unserer Volkskraft so wichtigen Aktion, die vom Bund, von der Gemeinde und von den Krankenkassen gefördert wird, zeigte. Der Vorführung, die von mehr als tausend jungen im Erwerbsleben stehenden Personen besucht war, wohnte Bürgermeister Seitz bei. Der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion Sekretär Marianek begrüßte den Bürgermeister unter lautem Beifall als verständnisvollen Förderer der Aktion und verwies auf die wertvolle Hilfe der Wiener Stadtverwaltung. Bürgermeister Seitz dankte für den freundlichen Empfang und sicherte die weitere Unterstützung der Gemeinde zu.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 8. April 1925

Eine neue Sonntagslinie der Strassenbahn. Vom Ostersonntag an, wird an Sonntagen nachmittags bei schönem Wetter die Linie S₂ vom Praterstern über die Lastenstrasse nach Grinzing geführt werden.

Strassenaufgrabungen müssen angemeldet werden! In den letzten Jahren haben sich wiederholt bei Aufgrabungen von Strassen Unglücksfälle ereignet, ohne dass die Gemeinde ^{sofort} feststellen konnte, von wem die Aufgrabung bestellt und ausgeführt wurde. Der Magistrat hat daher verfügt, dass ausser der erforderlichen Anmeldung und Genehmigung solcher Arbeiten bei der Magistratsabteilung für Strassenwesen, noch an der Aufgrabungsstelle der Name des Auftraggebers und der Zweck der Aufgrabung deutlich lesbar anzubringen ist. Wird die Verfügung nicht eingehalten, so kann der Magistrat Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder Arrest bis zu vierzehn Tagen verhängen.

Verhütung der Weiterverbreitung von Infektionskrankheiten. In einer Volksschulklasse sind nach Ablauf der Inkubationsfrist abermals Scharlachfälle vorgekommen. Das städtische Gesundheitsamt vermutet, dass möglicherweise Schulbücher oder sonstige im Klassenkasten verwahrte Gebrauchsgegenstände der Kinder diese Krankheit übertragen haben. Um nun eine Infektion der Schulkinder durch Schulutensilien tunlichst zu verhindern, hat der Stadtschulrat für Wien verfügt, dass im Falle der Erkrankung eines Kindes die von diesem Kind benützten Bücher der Klassenlektüre an einem gesonderten Platz unterzubringen sind, damit die anderen Kinder damit nicht mehr in Berührung kommen. Die Schlüssel zu den Klassenkasten müssen stets im Schulhaus bleiben und auffindbar sein, damit es gegebenenfalls den mit der Desinfektion betrauten Angestellten des Gesundheitsamtes möglich ist, die in diesem Kasten verwahrten Gegenstände keimfrei zu machen. Die Bücher der Klassenlektüre müssen derart gekennzeichnet werden, dass bei einer Desinfektion nicht alle Bücher behandelt werden müssen. Es soll womöglich immer ein und dasselbe Kind mit demselben Exemplar des Buches betitelt werden. Schliesslich wird den Schulleitungen nahegelegt, in den Elternversammlungen auf die Gefahr der Uebertragung von Krankheiten durch die Schule hinzuweisen und einvernehmlich mit dem Schularzt festzustellen, in welcher Weise auch das Elternhaus mitwirken kann, diese Gefahren zu verringern.

Starke Vermehrung der Gasinstallationen. Die städtischen Gaswerke haben im März eine umfangreiche Installationstätigkeit entfaltet. In diesem Monat wurden 1122 Gasmesser verlangt, von denen 1083 geliefert werden konnten. Im März wurden ausserdem 495 Neuanschlüsse und Zuleitungen durchgeführt. Die stets zunehmende Benützung des Gases im Haushalt kommt auch in der grossen Zahl der vom Gaswerk verkauften Gasgeräte zum Ausdruck. Es wurden im März 372 Bratrohre, 275 Gasbügleinrichtungen, 319 Kocher und vier Aufsatzherde verkauft.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 9. April 1925

Die erste Probefahrt auf der Wiener elektrischen Stadtbahn. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen, der auch die Führung des Betriebes der Wiener elektrischen Stadtbahn übertragen worden ist, veranstaltete heute vormittags die erste Probefahrt auf der elektrischen Stadtbahn. An der Probefahrt nahmen Vizebürgermeister Emmerling und Funktionäre der Strassenbahndirektion teil. Es wurde die bereits vollständig fertiggestellte Strecke von der Station Alserstrasse bis zur Station Meidlinger Hauptstrasse befahren. Die Probefahrt wurde mit einem für den elektrischen Stadtbahnverkehr bestimmten Dreiwagenzug, der aus einem Motor- und zwei Beiwagen besteht, unternommen. Alle Einrichtungen der Strecke und der Wagen erwiesen sich als vollkommen betriebsfähig und waren in bester Ordnung. In der kommenden Woche werden bereits die Schulfahrten mit den Bediensteten beginnen.

Ehrenpreis für den Dürerbund. Der Wiener Gemeinderat hat dem Albrecht-Dürerbund für das Jahr 1925 einen Ehrenpreis von dreihundert Schilling gewidmet. Bei der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Preisgerichtes wurde dieser Ehrenpreis dem akademischen Maler Professor Franz Köberl für die Gesamtleistung seiner in der gegenwärtigen Jahresausstellung des Albrecht-Dürerbundes befindlichen Werke einstimmig zuerkannt.

Die elektrische Strassenbeleuchtung. Im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten wurde am Mittwoch auf Antrag des Gemeinderates Ferenz beschlossen an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung in der Unteren Augartenstrasse und in der Oberen Donaustrasse die öffentliche elektrische Beleuchtung einzurichten. Die Kosten betragen 24.600 Schilling. Ausserdem wurde beschlossen die Linzerstrasse von der Ameisgasse bis Bujattigasse und die Hütteldorferstrasse von der Missindorfegasse bis zur Einmündung in die Linzerstrasse elektrisch zu beleuchten. Die Kosten dieser Arbeiten belaufen sich auf 86.152 Schilling.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 10. April 1925

.....
Nur Mieter können gegen die Bemessung der Wohnbausteuer
Beschwerde führen.

Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes.

Die Frage, ob der Hauseigentümer ausser für die von ihm selbst benützte Wohnung oder ein Hausverwalter gegen die für eine Mietwohnung u. s. w. vorgeschriebene Wohnbausteuer Beschwerde führen kann, hat der Verwaltungsgerichtshof in einer am 7. April stattgefundenen Verhandlung verneint. Die Eigentümerin eines Hauses hatte gegen die Höhe der ihrem Mieter bemessenen allgemeinen Mietzinsabgabe Beschwerde geführt. Die Beschwerdekommision der Gemeinde Wien hat diese Beschwerde zurückgewiesen, weil der Eigentümer einer Liegenschaft zur Erhebung der Beschwerde gegen die Bemessung der Mietzinsabgabe für einen Mieter (Pächter) nicht legitimiert sei. Der Verwaltungsgerichtshof unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten ^{Dr.} Schuster schloss sich nach Anhörung des Vortrages des Vertreters der Beschwerdekommision, Obermagistratsrates Dr. Urban, dieser Auffassung an. In der Begründung hiezu wird ausgeführt, dass zu Erhebung eines administrativen Rechtsmittels nur derjenige

berechtigt sein kann, der als Steuerschuldner in Betracht kommt. Als solcher aber gilt im vorliegenden Fall nach § 1 des Gesetzes nur derjenige, der als Inhaber vermietbarer Räumlichkeiten abgabepflichtig ist und das ist der Mieter. Der Hauseigentümer oder Hausverwalter aber hat keine Legitimation zur Beschwerdeführung in Abgabesachen.

.....
Strassenbahnfahrpreis am Ostermontag. Auf den städtischen Strassenbahnen gilt am Ostermontag der Sonntagsfahrpreis. Es sind daher an diesem Tag die Frühfahrtscheine, die Hin- und Rückfahrtscheine, die Wochenkarten und die Fürsorgefahrtscheine ungültig.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag den 10. April 1925. Z w e i t e A u s g a b e

.....

Forderungen der Bediensteten in den städtischen Wohlfahrtsanstalten. Die Arbeitsgemeinschaft der kartellierten Verbände der Angestellten und Arbeiter der Wohlfahrtsanstalten Oesterreichs hat auch an die Gemeinde Wien eine Reihe von Forderungen gestellt. Im Rathaus fand heute nachmittags unter dem Vorsitz des städtischen Personalreferenten, amtsführenden Stadtrates Speiser, eine längere Aussprache über diese Forderungen statt. Die einzelnen Punkte wurde durchberaten und schliesslich vereinbart, dass das gesamte Material durch die zuständige Magistratsabteilung überprüft werden soll. Eine baldigst einzuberufende neuerliche Besprechung wird sich dann mit diesen Forderungen zu beschäftigen haben.

.....

Studienreise des Chemnitzer Stadtrates nach Wien. Am Dienstag wird in Wien eine Kommission des Chemnitzer Stadtrates in Wien eintreffen. Diese Kommission mit dem Bürgermeister Arlert an der Spitze wird vor allem die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien studiren und sich auch über die Finanz- und Steuerpolitik der Wiener Stadtverwaltung unterrichten. Die Herren werden ungefähr eine Woche in Wien bleiben.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 11. April 1925

.....
Neuordnung im Historischen Museum der Stadt Wien. Am Ostersonntag wird im historischen Museum der Stadt Wien die vorübergehend gesperrt gewesene zweite Abteilung nach der von der Direktion der städtischen Sammlungen soeben durchgeführten Neuordnung für den allgemeinen Besuch wieder eröffnet. Diese Abteilung enthält die auf die räumliche und historische Entwicklung der Stadt sowie auf ihr gesellschaftliches Leben bezüglichen Denkmäler und Darstellungen in Plänen, Gesamt- und Detailsichten, Abbildungen, Flugblättern, Volksfiguren, Kostümbildern und Porträts in chronologischer Reihenfolge. Ausgestellt sind auch eine grosse Zahl der wichtigsten Urkunden aus dem Archiv der Stadt Wien. Die Neuordnung berücksichtigt vor allem die Darstellung der früheren Vorstädte und der heutigen äusseren Bezirke, von denen in erster Linie die zumeist nicht mehr bestehenden charakteristischen Strassen, Plätze und Gebäude zur Schau gestellt sind.

Am Eingang des Ausstellungsraumes ist zunächst eine Reihe Hauswahrzeichen untergebracht; das älteste davon ist der Stein vom „Schabiriesl“-Haus 1538. Daran schliessen sich Häusergedenkesteine aus dem sechzehnten Jahrhundert. Dann folgt die Darstellung des Stadtbildes in Plänen und Ansichten: Die Pläne von Augustin Hirschvogel und Bonifaz Wohlmuot 1547, der Plan 1683 von Daniel Suttinger, 1706 von Leander Angwissola und Jacob Marinoni, 1770/73 von Joseph Nagel, dann zwei Pläne von 1821 und 1858. Die ältesten Stadtansichten finden sich Ende des fünfzehnten Jahrhunderts als Hintergrundszenerie auf Bildern biblischen oder dynastischen Inhalts. Im Anschluss daran sind Pläne zur baulichen Entwicklung der inneren Bezirke im neunzehnten Jahrhundert ausgelegt, ausserdem Uebersichtspläne von 1683, 1704, 1783, 1838 und 1860. In den nächsten Abbildungen wird die Geschichte der baulichen Gestaltung der Burg und des Stefansplatzes dargestellt. Einen breiten Raum nimmt auch das Stadtbild der josephinischen Zeit ein. Angeschlossen werden dann Darstellungen aus dem Empire und dem Vormärz. Die Erweiterung der Inneren Stadt, das Werden der Ringstrasse und einige Bilder aus dem neuen Wien bilden eine eigne Abteilung. Die Darstellung der politischen und anderen Ereignisse beginnt mit den beiden Türkenbelagerungen von 1529 und 1683, bringt dann das sechzehnte, siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert, die Zeit der Franzosenkriege und ausführlich das Revolutionsjahr 1848. Diese Darstellung der bedeutendsten Ereignisse der Stadt Wien wird überdies ergänzt durch viele Originalurkunden aus dem städtischen Archiv, die namentlich auf das Stadt- und Handelsrecht Wiens und die Stellung seiner Bürger von einschneidender Bedeutung waren. Darunter ist auch das älteste im Original erhaltene Stadtrecht Wiens, verliehen von Herzog Albrecht I. am 12. Februar 1296. Ausgestellt sind auch zahlreiche Medaillen, die die an Ereignissen überreiche Geschichte unserer Stadt illustrieren. An diese Darstellung schliesst sich dann reiches Bildermaterial an, das uns die Wiener Volkstypen sowie Szenen und Episoden aus dem Strassenleben vorführt.

Die Absicht der Direktion der Städtischen Sammlungen, einzelne der behandelten Gebiete aus den vorhandenen reichen Beständen ausführlicher darzustellen als es geschehen ist, liess der seit Jahren im Museum der Stadt Wien so überaus drückende Raummangel nicht zur Durchführung kommen. Das Museum ist jeden Dienstag, Donnerstag und an allen Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr frei zugänglich.

Auszahlung der Kinderzuschüsse. Alle Personen, die einen Zuerkennungsbescheid über Zuschüsse für Kinder besitzen, können sich die Beträge für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1925 am Dienstag, den 21. April oder am Mittwoch, den 22. April 1925 zwischen acht und zwölf Uhr in der Rechnungsabteilung des magistratischen Bezirksamtes ihres Wohnortes beheben. Dabei muss der Zuerkennungsbescheid vorgewiesen werden. Ein Anspruch auf einen Kinderzuschuss besteht nicht mehr, wenn ein Kind vor dem 1. Jänner 1925 entweder vierzehn Jahre alt geworden ist und die Volksschule oder Bürgerschule nicht mehr besucht, oder wenn das Kind den Anspruch auf einen vom Arbeitsgeber des Vaters, Stiefvaters, Pflegevaters oder der Mutter zu zahlenden Kinderzuschuss erworben hat.

.....
Keine Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche halten Stadtsenat und Gemeinderat keine Sitzungen ab.

.....
Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Für den Monat April bleiben die Kanalräumungsgebühren unverändert. Es ist daher das Fündundzwanzigfache des im August 1914 bezahlten Monatsmietzinses als Kanalräumungsgebühr zu entrichten.

.....
Jubilare der Ehe. Am Freitag überreichte in Vertretung der Bürgermeisters der amtsführende Stadtrat Speiser den Ehepaaren August und Johanna Gluchnik, Lassallestrasse 36 und Anton und Julie Makowsky, Liechtensteinstrasse 125, das Ehrengeschenk der Gemeinde Wien zur goldenen Hochzeit.

.....
Heimarbeit ist anzeigepflichtig! Der Wiener Magistrat macht die Arbeitgeber auf die Vorschriften des Heimarbeitsgesetzes vom 19. Dezember 1918 aufmerksam, wonach die Unternehmer, die Waren durch Zwischenmeister oder durch Heimarbeiter herstellen lassen, dies der Gewerbebehörde anzeigen müssen. Diese Anzeigepflicht obliegt auch den Mittelpersonen und jenen Zwischenpersonen, die Heimarbeiter oder Werkstattgehilfen beschäftigen. Die Anzeige ist an das magistratische Bezirksamt des Betriebsortes zu richten.

.....
Der städtische Bäderbetrieb. Anfangs des Jahres 1924 hatte die Gemeinde Wien siebzehn Volksbäder, drei Dampf- und Wannenbäder, dreizehn Sommerbäder sowie fünf Kinderfreibäder. Im Jahre 1924 wurde zwei neue städtische Badeanstalten in Meidling und Ottakring eröffnet. Interessant ist eine Uebersicht ^{über} die Zahl der Besucher. Im Jahre 1924 weisen nämlich die Bäder der Gemeinde Wien den stärksten Besuch seit ihrem Bestand auf. In diesem Jahre stieg die Besucherzahl auf 5,540.149 Personen; davon entfallen 4,399.219 Besucher auf die Warmbäder und 1,140.930 Besucher auf die Sommerbäder der Gemeinde. Vollständig umsonst besuchten im Jahre 1924 bereits 623.385 Kinder die städtischen Badeanstalten. Im Jahre 1923 betrug die Zahl der Besucher aller städtischen Badeeinrichtungen 4,843.027.

Um den Andrang der Badebesucher namentlich in den Sommerbädern an heissen Tagen gerecht zu werden, wurden die Umkleidegelegenheiten in den Sommerbädern der Gemeinde von 19.664 auf 21.322 vermehrt. Gegenwärtig können 26.190 Personen gleichzeitig ^{die} städtischen Badeanstalten benützen. Mit der Vollendung des grossen Amalienbades in Favoriten, die im nächsten Jahre erfolgen wird, werden abermals 1250 neue Bademöglichkeiten geschaffen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. ^{As}edakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 14. April 1925

Der Bürgermeister von München in Wien. Am Ostermontag um fünf Uhr nachmittags landete auf dem Flugplatz in Aspern der Münchner Bürgermeister Dr. Kufner, der die Fahrt von München nach Wien mit einem neuen grossen Junker-Flugapparat zurückgelegt hatte. Namens der Gemeinde Wien begrüßte in Vertretung des Bürgermeisters Obermagistratsrat Jiresch den Gast in einer längerer Ansprache und entbot ihm den Willkommgruss der Stadt Wien. Bürgermeister Dr. Kufner dankte für den freundlichen Empfang, verwies auf die alten Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich und sprach die Hoffnung aus, dass die innigen Beziehungen der beiden Staaten und ihrer Städte zueinander sich immer mehr vertiefen mögen.

Eine Störung des Strassenbahnverkehrs. In der Unterstation Währing der städtischen Elektrizitätswerke versagte am Ostermontag um 13 Uhr 22 Minuten ein Umformer, wodurch das Stromgebiet Währing ausgeschaltet wurde. Das Gebrechen machte sich vor allem im Strassenbahnverkehr sehr unliebsam bemerkbar. Betroffen wurden die Linien F, 37, 38 und 41. Nach fünfundzwanzig Minuten war der Schade behoben und der Verkehr wickelte sich wieder klaglos ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verant. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 14. April 1925. Zweite Ausgabe

Die Lustbarkeitsabgabe der Volksoper. In der Volksoper wird schon seit dem Herbst 1924, einer Vereinbarung mit der Direktion, späterhin mit dem Ausgleichsverwalter entsprechend, die Lustbarkeitsabgabe täglich eingehoben. Es soll dadurch verhütet werden, dass der Rückstand, der ohnehin an verschiedenen Steuern rund siebenhundert Millionen Kronen ausmacht, weiter anwachse. Diese tägliche Einhebung wurde auch in allen diesen Monaten vollzogen. Bei Gageterminen hat die Direktion an die Gemeinde einigemal das Ersuchen gerichtet, ein paar Tage hindurch von dieser Einhebung abzusehen. Es wurde dafür eine Nachholung zugesagt und auch bis auf einen in Schwebe befindlichen Fall eingehalten. Gegenwärtig sind aus solchen vorübergehenden Zahlungssäumnissen fünfunddreissig Millionen Kronen rückständig. Am Ostermontag versuchte ein Beamter des Magistrats die tägliche Gebühr ohne jede Einbeziehung des erwähnten Rückstandes von fünfunddreissig Millionen Kronen und ohne jede Rücksichtnahme auf den grossen Rückstand von siebenhundert Millionen Kronen, einzuheben. Das Vorgehen der Gemeinde hat also durchaus der mehrmonatlichen Gepflogenheit und den ausdrücklichen Vereinbarungen mit der Direktion entsprochen. Es war auch das Geld bereits vorbereitet und die Quittung schon vom Kassier unterschrieben. Der Vorfall spielte sich im Sekretariat und nicht etwa bei der Tageskassa oder einem sonst dem Publikum zugänglichen Raum ab. Die Abmachung, welche die Leitung der Volksoper vor der Wiedereröffnung am Ostersonntag mit dem Personal getroffen hatte, lautete gleichfalls dahin, dass von den gesamten Einnahmen die laufende Lustbarkeitsabgabe gekürzt wird und der verbleibende Rest dem Personal zukommt. Das Personal war also in voller Kenntnis dessen, dass die Gemeinde diese tägliche Einhebung vornehmen würde. Diese Tatsache wurde ausdrücklich dem zum Zweck der Einhebung erschienenen Beamten vom Direktor Stiedry bestätigt. Das Eingreifen des Personals stellt sich also als ein Bruch der mit der Direktion getroffenen Vereinbarung dar. Man geht in der Annahme nicht fehl, dass es sich um den Versuch handelt, noch im letzten Augenblick die Gemeindeverwaltung mit dem Zusammenbruch der Volksoper in Verbindung zu bringen und ihr die Verantwortung für die Sperre aufzubürden. Dem Vernehmen nach streben die Musiker die Sperre planmässig an, da sie bereits durch anderweitige Verträge gesichert sind. Ein Betriebsrat der Musiker machte sogar die Aeusserung, dass der Beamte den Musikern einen grossen Gefallen getan hätte, wenn er das Geld beschlagnahmt haben würde. So wären die Musiker das Odium losgeworden, dass sie die andren Arbeitsgruppen der Volksoper in Stich lassen und die ganze Last der Verantwortung würde der Gemeinde zugefallen sein. Der Exekutionsbeamte war indes so klug, den Musikern diesen Dienst nicht zu erweisen.

Das Wohnbauprogramm der Gemeinde im Jahre 1926. Im Wiener Stadtbauamt wird bereits eifrig an der Vorbereitung des Wohnhausbauprogrammes für das Jahr 1926 gearbeitet. Nach den Beschlüssen des Gemeinderates müssen auch im Jahre 1926 fünftausend neue Wohnungen von der Gemeinde gebaut werden. Nun ist ein Teil der Pläne für diese Wohnhausanlagen fertig und es dürfte noch im Herbst an vielen Baustellen mit der Arbeit begonnen werden. Der Gemeinderat hat daher auf Antrag des amstführenden Stadtrates Siegel einen Betrag von fünf Millionen Schilling für die Durchführung dieser Vorarbeiten bewilligt. Diese Ausgabe wird aus der Wohnbausteuer bedeckt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 15. April 1925

Entfallende Sprechstunden im Rathaus. Wegen dienstlicher Verhinderung entfallen am Donnerstag die Sprechstunden bei den amtsführenden Stadträten Kokrda und Siegel.

Jubilare der Ehe. Am Dienstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren Josef und Marie Bittner in Ströbersdorf und Anton und Karoline Cassani, Friedlgasse 63, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Vortrag über den Fliegerschutz. Am Dienstag, den 21. April 1925 um 5 Uhr nachmittags findet im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates vor geladenen Gästen ein Lichtbildervortrag des Majors Josef Brunner über den Fliegerschutz statt.

3.7 Millionen Strassenbahnfahrergäste zu Ostern. Das schöne Osterwetter brachte den Strassenbahnen an den beiden Feiertagen eine bisher noch niemals erreichte Massenfrequenz. Am Ostersonntag wurden rund 1.8 Millionen und am Ostermontag rund 1.9 Millionen Fahrgäste befördert. Zusammen hat also die Strassenbahn an den beiden Feiertagen 3.7 Millionen Fahrgäste befördert. Um diese ungeheuren Massen aufnehmen zu können, wurden 2946 Wagen verwendet, was den Wagenpark, der zu Allerheiligen aufgeboten worden ist, noch übersteigt. Der dichte Verkehr stellte an die Bediensteten die grössten Ansprüche und muss besonders festgestellt werden, dass die reibungslose Abwicklung des gewaltigen Verkehrs der umsichtigen und aufopferungsvollen Arbeit der Bediensteten zu danken ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 16. April 1925

Der Leipziger Männergesangsverein in Wien. Anlässlich des Besuches des Neuen Leipziger Männergesangsvereines in Wien hat Bürgermeister Seitz die Mitglieder dieses Vereines zu einer am Montag, den 20. April um 11 Uhr vormittags im Rathaus stattfindenden Begrüssung geladen.

----- Vier neue städtische Wohnhausanlagen.

751 Wohnungen.

In der kommenden Woche werden dem Wiener Gemeinderat die Entwürfe von vier neuen städtischen Wohnhausanlagen zur Genehmigung vorgelegt werden. Auf dem Alsergrund soll in der Thurygasse-Marktgassee-Fechtergasse nach den Plänen der Architekten Professor Knepper und Professor Palle König eine Grundfläche von 1575 Quadratmeter zu einundsiebzig Prozent verbaut werden. Diese Wohnhausanlage wird 115 Wohnungen enthalten; ausserdem wird ein Kinderhort errichtet werden. Ferner werden vier Geschäftslokale und ein grosser Raum für die städtische Strassenpflege eingebaut. Die Kosten dieses Wohnhausbaues werden auf 1,660.000 Schilling geschätzt. Mit der Ausarbeitung des Entwurfes für einen Wohnhausbau in Simmering, Kopalgasse-Meichelstrasse, wurde Architekt Karl Krist betraut. Die Baufläche umfasst 5905 Quadratmeter, davon werden sechzig Prozent verbaut. Die grossen Höfe werden als Gärten und Kinderspielplätze ausgestaltet. Insgesamt sind 250 Wohnungen vorgesehen. Ausserdem werden noch ein Atelier, ein Kinderaufenthaltsraum, eine Badeanlage und drei Geschäftslokale errichtet. Die Herstellung dieser Wohnhausanlage dürfte etwa 3,404.000 Schilling kosten. In Hietzing wird in der Barchettigasse nach den Bauplänen der Architekten Anton Drexler und Rudolf Sowa eine 209 Wohnungen enthaltende Wohnhausanlage errichtet werden. Die Grundfläche ist 3942 Quadratmeter gross. Auch dieser Wohnhausbau wird einen Kinderhort und drei grosse gärtnerisch ausgestaltete Höfe enthalten. Die Baukosten sind mit 2,830.000 Schilling veranschlagt. Schliesslich liegen zur Genehmigung noch die Pläne der Architekten K. Hoffmann, Augenfeld und H. A. Vetter für einen Wohnhausbau in Floridsdorf, Pragerstrasse-Koloniestrasse, vor. Von der 2133 Quadratmeter grossen Grundfläche werden 1099 Quadratmeter verbaut. Die Anlage wird 77 Wohnungen umfassen und ist auch eine eigene Badeanlage vorgesehen. Insgesamt sehen diese vier Projekte die Errichtung von 751 Wohnungen vor, die ausnahmslos mit Vorzimmer, eigener Wasserleitung und Klosett, im Wohnungsverschluss und Küchen mit Gasherden versehen sind. In alle Wohnräume werden harte Brettelböden gelegt. Die Kosten aller dieser Wohnhausanlagen werden aus den Einnahmen der Wohnbausteuer bedeckt.

----- E I N L A D U N G

zu der am Samstag, den 18. April 1925 um 10 Uhr vormittag im Journalistenzimmer des Neuen Wiener Rathauses stattfindenden

P R E S S E - K O N F E R E N Z

in der amtsführende Stadtrat Anton W e b e r über die Tätigkeit des Wohnungsamtes wichtige Mitteilungen machen wird.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 17. April 1925

Freiplätze der Gemeinde an den Schulen des Frauenerwerbsvereines. An der einjährigen Haushaltungsschule des Wiener Frauenerwerbsvereines IV. Wiednergürtel 68 wird für das Schuljahr 1925/26 ein Freiplatz verliehen. An der Frauengewerbeschule für Weisnähen und Kleidermachen dieses Vereines werden vier Freiplätze vergeben. Bewerberinnen um diese vier Freiplätze müssen das vierzehnte und Bewerberinnen um den Freiplatz an der Haushaltungsschule das sechzehnte Lebensjahr erreicht haben. Für den Freiplatz an der Haushaltungsschule ist ein Zeugnis der dritten Bürgerschulklasse notwendig. Die Gesuche sind bis längstens 30. Mai 1925 an die Abteilung 8 des Wiener Magistrates im Neuen Rathaus zu richten. Den Gesuchen sind Geburtschein, Heimatschein, das letzte Schulzeugnis und ein Armut- oder Mittellosigkeitszeugnis beizulegen. Den Eltern wird empfohlen vor der Ueberreichung des Gesuches sich bei der Leitung der Schule über die Auslagen für Lernmittel und über die Erwerbsmöglichkeit nach dem Austritt aus der Schule zu erkundigen.

Die städtischen Kinderfreibäder. Der Besuch der fünf Kinderfreibäder der Gemeinde Wien war im Jahre 1924 infolge der ungünstigen Witterung etwas schwächer, als im Sommer 1923. Während im Jahre 1922 nur 277.508 Kinder die Freibäder der Gemeinde benützten, stieg im Jahre 1923 diese Zahl auf 461.372. Im Jahre 1924 ist ein kleiner Rückgang auf 430.130 Kinder zu verzeichnen; davon waren 314.385 Knaben und 115.745 Mädchen. Am stärksten benützt wurde das Kinderfreibad Hietzing; die Zahl der badenden Kinder war dort 162.589. Es folgten dann die Kinderfreibäder Galitzinberg mit 95.433, Hütteldorf mit 83.404, Schweizergarten mit 57.118 und Geiselbergstrasse mit 31.586 kleinen Badegästen. Die Leitung des städtischen Bäderbetriebes hat für die nunmehr bald erfolgende Eröffnung der Kinderfreibäder bereits alle Vorarbeiten getroffen. Es wurden überall Ausbesserungsarbeiten vorgenommen, teilweise die Umkleidegelegenheiten vermehrt und die sanitären Einrichtungen ausgebaut.

Abendambulatorien für Geschlechtskranke. Für Unbemittelte und für Angehörige der Krankenkassen sind in Wien folgende Abendambulatorien für Geschlechtskranke errichtet worden: Leopoldstadt, Grosse Mohrrengasse 9, Wieden, Favoritenstrasse 40, Alsergrund, Alserstrasse 4, Favoriten, Viktor Adlerplatz 9, Meidling, Hufelandgasse 2, Rudolfshain, Huglgasse 4, Ottakring, Montleartstrasse 37, Hernals, Haslingergasse 34, Brigittensau, Dresdnerstrasse 46. In diesen Ambulatorien werden jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag von sechs bis sieben Uhr abends erkrankte Männer und jeden Montag, Mittwoch und Freitag erkrankte Frauen ärztlich behandelt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 18. April 1925

Wohnungsanforderung und städtischer Wohnhausbau.

In einer heute vormittags im Rathaus abgehaltenen Pressekonferenz machte der amtsführende Stadtrat für Wohnungswesen und Sozialpolitik Weber interessante Mitteilungen über die Wohnungsanforderung und den Stand der kommunalen Wohnbautätigkeit. Er führte unter anderem aus:

Das Wiener Wohnungsamt wurde im Jahre 1919 eingerichtet. Bis zum Jahre 1922 war die Befriedigung der Wohnungssuchenden nur durch die angeforderten Wohnungen und Wohnräume möglich. Im Jahre 1919 wurden 4914 Wohnungen und Wohnräume angefordert; diese Zahl stieg im Jahre 1920 auf 5375 und erreichte in den Jahren 1921 und 1922 mit 9385 und 9692 den höchsten Stand. Im Jahre 1923 sank infolge des neuen Anforderungsgesetzes die Zahl der angeforderten Wohnungen und Wohnräume auf 6014 und im Jahre 1924 erfolgte ein weiterer Rückgang auf 5068. In den Jahren 1919 bis 1924 wurden vom Wohnungsamt insgesamt 41.048 angeforderte Wohnungen und Wohnräume zugewiesen. Von 1919 bis 1921 wurden durch Verwendung von Baracken und Kasernen zu Wohnzwecken, durch Adaptierungen und Bauten von Siedlungshäusern und Hochhäusern 1507 Wohnungen erstellt. Im Jahre 1922 konnten dem Wohnungsmarkt 1749, im Jahre 1923 rund 1800 und im Jahre 1924 bereits 2696 neue Wohnungen zugeführt werden. Diese 7752 Wohnungen ergeben mit den seit dem Jahre 1919 angeforderten Wohnungen rund 49.000 Zuweisungen. Ausserdem wurden durch den vom Wohnungsamt eingerichteten Wohnungstausch im Jahre 1924 bereits 5455 Tauschansuchen bewilligt, womit 10.990 Wohnungssuchende befriedigt werden konnten. Daneben wurden noch 2813 Umschreibungen von Wohnungen vorgenommen.

Am 31. März 1925 waren 22.052 Wohnungsbedürftige in die Klasse I eingereiht. Davon waren 1233 in die Notstandsliste eingezeichnet, von denen 420 diese Qualifikation wegen Baufälligkeit der Wohnung erhielten. Schliesslich waren am 31. März 1925 noch 17.578 Parteien in die Klasse II eingereiht. In dieser Gruppe wird in den meisten Fällen eine Verbesserung der Wohnverhältnisse angestrebt. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass häufig über die Härten des Vormerksystems geklagt wird, doch kann an eine Milderung solange nicht gedacht werden, als die grosse Wohnungsnot besteht. Zweifellos trägt einerseits die Billigkeit der Wohnungen zu der ungeheuer grossen Nachfrage nach einer selbständigen Wohnung viel bei und andererseits ist auch die oft übermässige Höhe der Untermiete ein Ansporn zu einer eigenen Wohnung zu kommen. Nun ist aber die Untermiete keine Wiener Eigenheit, sondern in allen Städten der Welt hat es schon vor dem Krieg Untermieter gegeben, wobei nur an das in Wien so stark verbreitete Bettgeharwesen erinnert sei. Aber auch heute sind in allen Städten die Untermieter sehr zahlreich. Es ist verständlich, dass in der Zeit der ärgsten Wohnungsnot die Zahl der Untermieter sich nicht verringern kann. Nach den Erhebungen des Wohnungsamtes sind die 22.000 mit I qualifizierten Wohnungssuchenden grösstenteils Untermieter. Sind diese Wohnungssuchenden einmal versorgt, was nach Fertigstellung des grossen Wohnhausbauprogramms der Gemeinde der Fall sein wird, dann wird auch für die Untermieter aller Voraussicht nach eine wesentliche Erleichterung eintreten.

Nach den Erfahrungen aus dem Jahre 1924, die sich so ziemlich mit denen der früheren Jahre decken, werden durch Umzug und Todesfälle jährlich dreitausend bis dreitausendfünfhundert Wohnungen frei. Vorausgesetzt, dass das Anforderungsgesetz nicht neuerdings verschlech-

tert wird oder gar, was übrigens nicht denkbar wäre, beseitigt wird, stehen dem Wohnungsmarkt bis Ende 1927 rund zehntausend Wohnungen zur Verfügung. Jede Verschlechterung des Anforderungsgesetzes würde diese Wohnungen den dringend Bedürftigen entziehen und es käme dann für die Erlangung einer Wohnung nicht mehr die Bedürftigkeit, sondern vor allem die Zahlungskraft in Betracht. Vom Standpunkt des Wohnungsamtes und auch im Interesse der Wohnungssuchenden kann nur mit allem Nachdruck die volle Aufrechthaltung des Anforderungsgesetzes gefordert werden.

Was die Neubautätigkeit der Gemeinde anlangt, so muss erwähnt werden, dass die bis jetzt fertiggestellten Wohnhausbauten zu den Bauwerken haben aus den Jahren 1922 und 1923 gehören. Die Vollendung dieser Wohnhausbauten hat sich durch den harten Winter des Jahres 1923/24 und durch den feuchten Sommer 1924 so stark verzögert. Von dem grossen Bauprogramm sind bis jetzt erst tausend Wohnungen bediedelt. Es kommen daher noch vierundzwanzigtausend Wohnungen, von denen gegenwärtig rund elftausend im Bau sind, zur Zuweisung. Voraussichtlich werden bis zum Herbst 1925 mindestens fünftausend Wohnungen in 27 grossen Bauten fertiggestellt. Von den mit I qualifizierten Parteien, die wegen Ueberfüllung ihrer Wohnungen vorgemerkt sind, haben eintausendfünfhundert eine Wohnung, die nach erfolgter Befriedigung ihres Wohnbedürfnisses dem Wohnungsamt zur Verfügung steht. Es können daher, wenn man die in diesem Jahr zur Zuweisung kommenden Wohnungen in den Gemeindebauten, die angeforderten und die von den mit I qualifizierten Wohnungswerbern übergebenen Wohnungen summiert, etwa neuntausend bis zehntausend Familien noch im Jahre 1925 untergebracht werden. Bei diesen Zuweisungen wird das Wohnungsamt neben der Dringlichkeit des Falles auch die Dauer der Vormerkung berücksichtigen. Bei den angeforderten Wohnungen können diese beiden Forderungen leider nicht immer erfüllt werden, weil oft ein unabwiesbarer Zuweisungsvorschlag vorliegt. Vor allem aber werden in diesem Jahr alle Notstandsfälle, ferner etwa 150 bis 200 Bewohner aus Notwohnungen, weiter die im Asyl und bei der Polizei untergebrachten Wohnungslosen und ungefähr hundert Familien, die jetzt in Stundenhotels wohnen, mit Wohnungen versorgt. Die in der Kontingentliste eingetragenen Wohnungssuchenden werden ebenfalls untergebracht werden.

Die umfangreiche Bautätigkeit löst bei vielen Wohnungsinhabern den Wunsch aus, in einem städtischen Neubau eine Wohnung zu bekommen. Bei aller Berücksichtigung dieser begreiflichen Wünsche kann aber nur in den dringlichsten Fällen ein solcher Wohnungstausch bewilligt werden. Entscheidend sind dabei vor allem die weite Entfernung vom Arbeitsort, Erkrankungen die mit der Wohnung zusammenhängen und berufliche Gründe. Auf jeden Fall muss jede um einen Wohnungstausch ansuchende Partei beim Wohnungsamt sich vormerken lassen.

Stadtrat Weber sagte zum Schluss, dass das Wiener Wohnungsamt mit verhältnismässig geringen Mitteln eine gewiss grosse Arbeit geleistet habe, was schon daraus zu ersehen sei, dass trotz des kleinen Wohnungszuwachses die Obdachlosigkeit in Wien gegenüber der Vorkriegszeit stark zurückgegangen ist. So wurden im Jahre 1913 täglich durchschnittlich 1792 und im Jahre 1914 noch 1625 Obdachlose gezählt, während im Jahre 1924 diese Zahl auf 754 gesunken ist. Freilich konnten nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden. Die Wiener Bevölkerung war aber einsichtig genug, die schwierigen Verhältnisse zu würdigen. Wenn von der Tätigkeit des Wohnungsamtes gesprochen werde, muss auch der aufopferungsvollen Arbeit der Beamten dankend gedacht werden, aber auch der Wiener Presse, die stets das richtige Verständnis für dieses schwierige Problem bekundet hat.

Rathauskorrespondenz

Ersatz für des
an Hdr. Monay
abgegebene Stück.

Rathauskorrespondenz vom 18. April 1925, Zweite Ausgabe.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat versammelt sich am Freitag um 5 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung.

.....

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Am Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Siegel.

.....

Eröffnung eines Lehrlingerholungsheimes. Am Donnerstag, den 23. April wird das Lehrlingerholungsheim in Niederalm (Salzburg) eröffnet werden. Die erste Gruppe, die dreihundert erholungsbedürftige Lehrlinge umfasst, ist bereits ausgewählt und wird an diesem Tage nach Niederalm fahren. Die Abfahrt ist vormittags. Anmeldungen für die nächste Gruppe sind bei den zuständigen Krankenkassen und bei der Lehrlingsfürsorgeaktion in Wien, I. Hanuschgasse 3 vorzunehmen.

.....

Schülerausflüge auf den Kahlenberg. Der Stadtschulrat macht aufmerksam, dass von Montag, den 20. April an der Trinkbrunnen auf dem Kahlenberg nichtbenützt werden kann, da eine Reparatur vorzunehmen ist. Die Arbeiten werden ungefähr vierzehn Tage dauern und es empfiehlt sich daher für diese Zeit keine Schülerausflüge auf den Kahlenberg zu veranstalten.

.....

Keine Absperrung der Neustiftgasse. Der Wiener Magistrat hat seinerzeit verfügt, dass die Neustiftgasse zwischen der Neubau- und Zieglergasse so wie die Myrtengasse wegen eines dort befindlichen baufälligen Hauses von Schwerfuhrwerk nicht benützt werden dürfen. Da nunmehr dieses Haus instandgesetzt wurde, wird die Absperrung aufgehoben.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Montag den 20. April 1925.

Der Leipziger Männergesangsverein im Rathaus. Im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenats begrüßte heute vormittags Vizebürgermeister Emmerling die Mitglieder des Neuen Leipziger Männergesangsvereines und Abordnungen des Wiener Männergesangsvereines, des Schubertbundes, des österreichischen Gesangsvereines der Eisenbahnbeamten und der Reichsdeutschen in Oesterreich. Vizebürgermeister Emmerling sagte, dass sich die Wiener Stadtverwaltung freue, des öfteren deutsche Sangesbrüder im Rathaus begrüßen zu können. Leipzig hat mit Wien viele Kulturgüter gemeinsam. Wenn Sie die Stadt Wien durchwandern werden Sie viele schöne Barockbauten sehen. Sie werden da finden, dass manches dieser ^{den}Denkmäler an Ihre Heimatsstadt erinnert. Leipzig und Wien sind immer Pflegestätten der deutschen Kunst gewesen. Sie können mit Stolz darauf hinweisen, dass ⁱⁿ Leipzig Goethe gelebt und von dieser Stadt reiche Eindrücke für sein Schaffen gewonnen hat. Wenn Wien stolz auf Beethoven, Mozart und Schubert ist, Meister die aus unserer Stadt eine Stätte der Lieder und der Musik gemacht haben, so können Sie nicht minder stolz auf Sebastian Bach sein. Wir freuen uns, Sie hier begrüßen zu können und hoffen, dass Sie einige angenehme Tage in unserer Stadt verleben werden.

Regierungsrat Karl Bodschon, der Vorsitzende des österreichischen Eisenbahngesangsvereines, dankte auf das Allerherzlichste für den Empfang. Das Deutsche Lied ist in Wien in allen Schichten des Volkes fest verwurzelt und das erhebende Gefühl, dass dieses Interesse vorhanden ist, muss auf das lebhafteste begrüßt werden. Einer alten Ueberlieferung entsprechend, hat die Stadt Wien seit jeher deutsche Sangesbrüder im Rathaus empfangen. Wir sind der jetzigen Gemeindevertretung zu herzlichem Dank verpflichtet, dass sie dieser Ueberlieferung nachkommt. Wenn Sie wieder nach Leipzig zurückkehren, dann nehmen Sie mit, was Sie hier in Wien gesehen haben. Sie werden hier ausser dem Schönen auch viel Trauer, Leid, Not und Sorge sehen. Not und Sorge wurden uns aufgezwungen von Feindeshand und trotzdem kann die Liebe zu unserem grossen Deutschen Vaterlande nicht erlöschen.

Der Vorsitzende des Leipziger Männergesangsvereines Dr. Hohlfeld erwidert, dass es dem Deutschen aus der Fremde immer wieder nach seiner Heimat zieht. Wien ist für jeden Deutschen ein Stück edelter und schönster Heimat. Jeder Deutsche weiss, dass hier ein Stück edelter Kultur wurzelt. Oesterreich hat das Glück gehabt, dass es nicht nur die Hauptstadt, sondern auch den Mittelpunkt der Kultur des alten Reiches übernommen hat. Es ist eine alte Sitte, dass der Gast seinem Gastgeber ein Geschenk mitbringt. Dieses Geschenk hat nur dann einen wahren inneren Wert, wenn es für den Geber selbst etwas Teures darstellt. So sind wir auf den Gedanken gekommen, der Stadt Wien einen Originalbrief Richard Wagners, den er an einen russischen Kapellmeister in französischer Sprache abgefasst hat, als Geschenk zu überreichen. Wir danken für den überaus herzlichen Empfang. (Beifall).

Unter der Leitung des Dirigenten des Leipziger Männergesangsvereines Max Ludwig, sangen die Gäste sodann das Volklied: Dabei von Josef Reiter, womit die Begrüssung beendet wurde.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 20. April 1925. Zweite Ausgabe

.....
Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte am Samstag amtsführender Stadtrat Spwiser den Ehepaaren Maximilian und Viktoria Rhoby, Hainbürgerstrasse 74, Anton und Anna Schwarzwald, Quellenstrasse 104 und Karl und Pauline Zier anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

.....
Auszahlung der Kinderzuschüsse. Alle Personen, die einen Zuerkennungsbescheid über Zuschüsse für Kinder besitzen, können sich die Beträge für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1925 am Mittwoch, den 22. April zwischen acht und zwölf Uhr in der Rechnungsabteilung des magistratischen Bezirksamtes ihres Wohnortes beheben. Dabei muss der Zuerkennungsbescheid vorgewiesen werden. Ein Anspruch auf einen Kinderzuschuss besteht dann nicht mehr, wenn ein Kind vor dem 1. Jänner 1925 entweder vierzehn Jahre alt geworden ist und die Volks- oder Bürgerschule nicht mehr besucht, oder wenn das Kind den Anspruch auf einen vom Arbeitgeber des Vaters, Stiefvaters, Pflegevaters oder der Mutter zu zahlenden Kinderzuschuss erworben hat.

.....
Die Schulen und die Hygieneausstellung. Für die Hygieneausstellung, die am 28. April eröffnet wird, wurde ein Eintrittspreis von einem Schilling für Erwachsene und Kinder festgesetzt. Der Stadtschulrat für Wien teilt mit, dass geschlossene Gruppen von mindestens fünfundzwanzig Schülern unter eigener Führung einen Nachlass bis zu fünfzig Prozent erhalten. Dieser Nachlass kann entweder unmittelbar vor dem Besuch oder einige Zeit vorher in der Kanzlei der Ausstellung im Messepalast angesprochen werden.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 21. April 1925

.....
Neue Schulleiter in Wien. Auf Antrag des städtischen Personalreferenten amtsführenden Stadtrates Speiser hat der Wiener Stadtsenat heute eine Reihe von Schulleiterstellen und von katholischen Religionslehrerstellen besetzt. Zu Bürgerschuldirektoren wurden ernannt: Alfred Karner, Schüttaustrasse 42, Julius Hamatha, Knöllgasse 49, Rudolf Baldrian, Singrienergasse 19, Dr. Friederike Friedmann, Czerninplatz 3, Helene Weiss, Hietzinger Hauptstrasse 166 und Friedrich Kuthmayer, Märzstrasse 72. Zu Oberlehrern wurden ernannt: Emmerich Sokob, Währingerstrasse 43, Heinrich Schöny, Singrienergasse 21, Alois Wally, Linzerstrasse 232, Engelbert Stermann, Goldschlagstrasse 113, Johann Ibl, Hackergasse 11, Franz Kraft, Michälerstrasse 30 und Käthe Neumann, Novaragasse 30. Zu eigenen katholischen Religionslehrern wurde in der gleichen Sitzung ernannt: Adolf Nitschmann, Hainburgerstrasse 40, Ferdinand Stammer, Galileigasse 3, Ludwig Soucek, Antonsplatz 12, Stanislaus Lischka, Knöllgasse 59, Franz Sonntag, Heinickegasse 5, Alois Hofer, Lorenz Mandlgasse 58, Franz Indrak, Kalvarienberggasse 33, Josef Birke, Kreindlgasse 24.

.....
Gemeindesubvention für den Verein Kunstschule für Frauen. Im städtischen Finanzausschuss berichtete Gemeinderat Thaller über die Tätigkeit des Vereines Kunstschule für Frauen. Der Verein betreibt diese Kunstschule seit dem Jahre 1897. Zur Erhaltung der Schule trägt der Bund dadurch bei, dass er einen Teil der Personalkosten übernommen hat. Die Schule zählt ungefähr 350 Schülerinnen. Der Verein ist auf Unterstützungen angewiesen, da der Schulaufwand durch Schulgeldern allein nicht hereingebracht werden kann. Der Finanzausschuss hat daher dem Verein eine Subvention von sechshundert Schilling bewilligt und der Stadtsenat stimmte heute diesem Beschluss zu.

.....
Akademischer Maler Karl Zewy - Bürger der Stadt Wien. Der bekannte Genremaler Karl Zewy wurde am 21. April 1925 siebzig Jahre alt. Maler Zewy genießt den Ruf, einer der besten Darsteller des Wiener Familienmilieus zu sein. Der Künstler hat - von steter Liebe zu seiner Vaterstadt erfüllt - fast sein ganzes Leben in Wien zugebracht und durch seine Tätigkeit in hervorragender Weise zum künstlerischen Ruf der Stadt Wien beigetragen. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richtig hat nun heute der Stadtsenat beschlossen, den Künstler anlässlich seines siebenzigsten Geburtstages zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen.

.....
Gemeinderat Hans Angeli gestorben. Heute ist in Gries bei Bozen der christlichsoziale Gemeinderat Hans Angeli einem Herzleiden, an dem er seit längerer Zeit litt, erlegen. Angeli wurde zum erstenmal am 9. Mai 1906 in den Gemeinderat gewählt und gehörte seither ununterbrochen der Wiener Gemeindevertretung an. Er zählte also zu den ältesten Mitgliedern. Im Gemeinderat vertrat er den neunten Bezirk. Von Beruf Skontist, wirkte Angeli im Gemeinderat zuletzt im technischen Ausschuss. Der Verstorbene hat vor allem für die Ausgestaltung der städtischen Badeeinrichtungen sich rastlos eingesetzt; insbesondere war er ein eifriger Förderer des Schwimmsportes. Angeli, der am 3. September 1859 geboren wurde, erfreute sich allgemeiner Beliebtheit nicht nur allein bei seinen Parteifreunden, sondern auch bei Parteigegnern. Seine ruhsachliche Arbeit im Dienst der Stadtverwaltung hat ihm viele geschaffen.

.....
Fünfzig Millionen für die Kinderrettungswoche. Die Direktion der traleuropäischen Länderbank hat dem Wiener Jugendhilfswerk für die Kinderrettungswoche eine Spende von fünfzig Millionen Kronen bewilligt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 22. April 1925

Der Fliegerschutz für Wien. Am Dienstag abends sprach Major Josef Brunner im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates über den Fliegerschutz. Dem Vortrag, der mit vielen interessanten Lichtbildern belebt wurde, wohnten Bürgermeister Seitz, viele Stadträte, Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Stadtbaudirektor Ingenieur Musil, Branddirektor Ingenieur Wagner, die Direktoren der städtischen Unternehmungen und viele leitende Beamte des Magistrats bei. Der Vortragende betonte, dass alle Staaten ihre Luftflotten ausbauen. Nur Oesterreich ist infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages daran gehindert. Dadurch ist auch die Abwehrmöglichkeit von Fliegerangriffen stark behindert. Ueber die furchtbare Wirkung der Fliegerbomben, die in kurzer Zeit grosse Schiffe und Städte vernichten können, brachte der Vortragende viel neues Material, das reich von Lichtbildern ergänzt wurde. Schliesslich erklärte Major Brunner, dass es Aufgabe des Völkerbundes sein müsse, auch Oesterreich die Möglichkeit der Abwehr gegen Fliegerangriffe zu geben.

Keine Sprechstunde bei dem städtischen Baureferenten. Am Donnerstag den 23. April entfällt die Sprechstunde bei amtsführenden Stadtrat Siegel.

Eine neues Fortbildungsschulgebäude. Dem gesteigerten Bedürfnissen des Unterrichtsbetriebes an den Wiener Fortbildungsschulen genügt bereits seit langem ^{die} Zentralfortbildungsschule in der Mollardgasse nicht mehr. Der Wiener Fortbildungsschulrat hat daher beschlossen, eine neues Schulgebäude zu errichten, das mit den modernsten Einrichtungen für den gewerblichen Schulbetrieb ausgestattet werden soll. Die Gemeinde Wien wird diesen Bau durch die Ueberlassung des hiezu erforderlichen Grundstückes fördern. Die neue Schule für die erwerbetätige Jugend wird in Fünfhaus (Märzstrasse-Moeringgasse-Löhrigasse) errichtet und der Gemeinderat wird schon am Freitag sich mit der Bestellung eines Baurechtes an den Wiener Fortbildungsschulrat beschäftigen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 23. April 1925

Steuerbegünstigungen für Hotels und Theater.

Für die Monate Mai bis einschliesslich August.

Unter Führung des Direktors Löwy sprach heute die Vereinigung der Wiener Hotelbesitzer beim städtischen Finanzreferenten, Stadtrat Breitner vor, um sein Augenmerk auf die ungünstige Lage der Hotelindustrie zu lenken. Präsident Löwy legte in eindringlichen Worten dar, dass der Fremdenverkehr nachgelassen habe und die Hotels nicht mehr jenes Mindestmass an Besetzung aufzuweisen haben, das zur Tragung der hohen Regier- und Steuerlasten und klaglosen Instandhaltung der Häuser notwendig sei. Es liege die Gefahr vor, dass auf Kosten von wünschenswerten Verbesserungen oder selbst unerlässlichen Reparaturen der Betrieb aufrechterhalten werde, schliesslich aber eine solche Rückständigkeit im Hotelwesen sich ergeben müsse, die auch vom fiskalischen Standpunkt der Gemeinde Schaden bringen würde. Im Gegensatz zu vielleicht allen übrigen Gewerben, hätten sich bei den Hotels keine nennenswerten Besitzveränderungen ergeben. Schiebungen mit Hotels seien nicht erfolgt, von einer Ueberdimensionierung, wie etwa beim Vergnügungsapparat, könne man bei den Hotels nicht sprechen. Gegenüber der Vorkriegszeit sei vielmehr durch Umwandlung von Hotels in Geschäfts- und Bürohäuser ein Abbau zu verzeichnen. Der Wunsch der Hotelbesitzer gehe dahin, dass nach ausländischem Beispiel, wenn schon nicht die gänzliche Abschaffung, so doch eine starke Herabsetzung der Fremdenzimmerabgabe verfügt werde.

Stadtrat Breitner erwiderte, dass die Gemeindeverwaltung auf Grund der Steuereingänge Kenntnis von dem minder günstigen Geschäftsgang der Wiener Hotels habe. Erstaunlich aber wäre nur, dass nicht noch weit schwerere Rückgänge im Fremdenverkehr stattfinden. Wenn systematisch und ohne den entsprechenden Protest der Interessenten immer wieder verkündet werde, dass Wien die langweiligste und teuerste Stadt der Welt sei, dann dürfe es niemanden überraschen, dass die Fremden schliesslich diese Lügen glauben, und nicht nach Wien kommen. Die ausländische Fremdenindustrie hat ein natürliches Interesse daran, derartigen Meldungen, die von Wien selbst ihren Ausgang nehmen, die weiteste Publizität zu geben, um auf diese Weise die Fremden von einem Besuch der Stadt Wien abzuhalten und für das eigene Land zu gewinnen. Dabei sind es aber keineswegs unverantwortliche Stellen, die derartige Sensationsmeldungen fabrizieren. Diese für die Hotels, Theater und eine grosse Zahl von Wiener Gewerben geradezu vernichtende Kampagne nimmt ihren Ausgangspunkt von Stellen, die der Bundesregierung sehr nahe stehen. Die „Christlichsoziale Nachrichtenzentrale“, also das Organ der Regierungspartei, hat am 20. März in seiner Auslandsausgabe geschrieben: „Auch die Fremden meiden Wien, denn Wien ist eine teure Stadt.“ Selbst wenn es wahr wäre, würde es eine schwere Schädigung bedeuten, derartige Nachrichten in die Auslandspresse geradezu zu lancieren. Es ist aber erlogen, denn die Preise in den Wiener Hotels sind einschliesslich der Gemeindesteuer keineswegs höher, als die gleichartiger Hotels im Ausland, vielfach sogar niedriger. Dabei sind auch die bescheiden ausgestatteten Wiener Hotels durch grössere Reinlichkeit ausgezeichnet. Von den mittleren und erstklassigen Häusern ganz zu schweigen, die auch verwöhnten Ansprüchen durchaus gerecht werden. Solange die Wiener Hotelbesitzer sich nicht gegen diese unerhörte und in ihren Folgen gar nicht abzuschätzende Schädigung des Fremdenverkehrs wahren, können sie nicht erwarten, erklärte Stadtrat Breitner, dass die Gemeinde ihre Klagen ernst nimmt. Es sei nicht bekannt geworden, dass die Hotelbesitzer etwa beim Bundeskanzler gegen die Aus-

sendung der „Christlichsozialen Nachrichtenzentrale“ protestiert hätten. Daß zuerst die Pressestelle der Regierungsmehrheit hinausposaunt, Wien ist eine teure Stadt, die von den Fremden gemieden wird und dann, wenn als Wirkung dieser eigenartigen Fremdenverkehrspropaganda die Hotels halb leer stehen, von der Gemeinde die Herabsetzung der Steuern verlangt wird, geht doch nicht an. Was durch derartige, rein aus politischer Gehässigkeit verbreitete Nachrichten, die man geradezu als ein Verbrechen an Wien bezeichnen müsse, Schaden angestiftet werde, könne durch gar keine Steuerbegünstigung gut gemacht werden. Wenn in der Schweiz, in Italien, Frankreich, Deutschland oder sonstwo selbst die Opposition verbreiten würde, daß das Land als zu teuer von den Fremden gemieden werde, würde jede solche Partei am nächsten Tag von einem allgemeinen Sturm des Unwillens hinweggefegt werden. In Oesterreich geschieht dies ganz ungestraft durch die Nachrichtenzentrale der Regierungspartei selbst. Die Gemeinde verkenne keineswegs die hohe Bedeutung des Fremdenverkehrs und die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Hotelindustrie. Bisher wurde bei Vorsprachen der Vereinigung der Wiener Hotelbesitzer auch stets entgegenkommen gezeigt. Der für die ersten drei Monate dieses Jahres gewährte Nachlaß an Fremdenzimmerabgabe macht rund 750 Millionen Kronen aus. Gelegentlich der Novellierung der Wohnbausteuer wurden die Hotels als einzige Kategorie von jedweder Erhöhung ausgenommen. Die Regelung des Wasserbezuges erfolgte zu den günstigsten Bedingungen. Bezüglich der Kehrrichtabfuhr wurde ein freundschaftliches Einvernehmen erzielt. Stadtrat Breitner erklärte, er werde dem Bürgermeister über die Unterredung berichten und vorschlagen, für die Monate Mai bis einschließlich August 1925 eine Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe um z w a n z i g Prozent eintreten zu lassen. Dies bedeutet für die Gemeinde einen Entgang von rund 3500 Millionen Kronen Fremdenzimmerabgabe. Darüber hinausgehende Wünsche, die vorgebracht wurden, erklärte der Finanzreferent mit Rücksicht auf die unvermindert hohen Ausgaben der Gemeinde und die gerade im Interesse des Fremdenverkehrs gelegene unausgesetzte Verbesserung der Straßenpflege, der Straßenbeleuchtung u. s. w., nicht vertreten zu können. Die Gemeinde Wien hat die Absicht, in Verbindung mit dem Land Niederösterreich eine großzügige Fremdenverkehrspropaganda einzuleiten. Dazu sollen erhebliche Mittel bereitgestellt werden. Auf die tatkräftige Mitarbeit der Vereinigung der Wiener Hotelbesitzer legt die Wiener Stadtverwaltung großen Wert. In der an die Ausführungen des Finanzreferenten sich anschließenden Aussprache wurde von der Abordnung betont, daß das Vorhandensein der Fremdenzimmerabgabe optisch ungünstig wirke, wenn auch die Wiener Hotels mit den von ihnen geforderten Gesamtpreisen den Vergleich mit dem Auslande auszuhalten vermögen. Auf der demnächst in Mariazell stattfindenden Tagung der Hotelbesitzer würde, so erklärten die erschienenen Herren, auch die Abwehr der den Fremdenverkehr so sehr schädigenden ungünstigen Nachrichten über Wien und Niederösterreich den Gegenstand ernster Erörterung bilden.

In diesem Zusammenhang kann mitgeteilt werden, daß auch eine zeitweilige Herabsetzung der Lustbarkeitsabgabe während der Sommerzeit im gleichen Ausmaß wie im Vorjahr erfolgen wird. Dies bedeutet für Opern und Sprechbühnen die Herabsetzung der Abgabe auf nur 5 %, für Operntheater um ein Drittel, für Rauch- und Lichtspieltheater um ein Viertel der sonst geltenden Abgabensätze.

Musterjugendspiele von Schülergruppen. Als Abschluß des diesjährigen Spielleiterkurses werden am Samstag, den 25. April, einige Musterjugendspiele von Schülergruppen vorgeführt. Der Stadtschulrat für Wien hat alle Lehrer und Lehrerinnen der Volks- und Bürgererschulen zu diesen Vorführungen geladen. Die Spiele beginnen um 3 Uhr nachmittags auf dem Platze der Lehrersportvereinigung in Hernals, Roggendorferstraße 2. Sollte an diesem Tag ausgesprochen ungünstiges Wetter sein, so werden die Jugendspiele auf Samstag, den 2. Mai, verschoben.

Städtisches Volksbad Wieden. Am Freitag, den 24. April, wird die im städtischen Volksbad Wieden, Klagbaumgasse 4, errichtete Brauseabteilung eröffnet werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 24. April 1925

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 24. April 1925

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Die Anträge der Gemeinderäte Alt, Grolig, Lötschund Kopriva auf Ankauf von Grundstücken und eines Hauses und ein Antrag des Gemeinderates Schütz, auf Anlage einer Privatgasse in Kaiserebersdorf, werden ohne Wortmeldung genehmigt. Auf Antrag des Gemeinderates Nachtnebel wird für die Erbauung neuer und die Erweiterung bestehender Druckreglexanlagen und für die Herstellung von Gasrohrleitungen ein Betrag von 280.000 Schilling bewilligt. Ferner wird auf Antrag des Gemeinderates Reisinger beschlossen, die Transformatoren der neuen Schaltanlage im Kraftwerk Engerthstrasse umzustellen und die Kosten von 400.000 Schilling zu genehmigen. Ohne Debatte wird ein Antrag des Gemeinderates Michal auf Erweiterung der Reinigeranlage im Gaswerk Leopoldau, mit einem Aufwand von 270.000 Schilling angenommen. Ohne Wortmeldung werden die Anträge der Gemeinderäte Broggyner auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 400.000 Schilling als Anteil des Wiener Krankenanstaltenfonds und des Wiener Allgemeinen Versorgungsfonds an Zuschlag zu den Erbgebühren, Hiess, auf Bewilligung einer Subvention von 4.208 Schilling für die Society of Friends, Thaller auf Bewilligung einer Subvention von 600 Schilling für den Verein Kutschule für Frauen und Mädchen, Weber auf Annahme des Berichtes über das Ergebnis der Unfallfürsorge der Gemeinde Wien im Jahre 1924 und der Erhöhung der Krankenunterstützung für die städtischen Bediensteten von 30.000 Kronen täglich vom Beginn der siebenundzwanzigsten Woche bis zum Ende der zweiundfünfzigsten Woche auf 35.000 Kronen vom 1. April an, Siegel auf Genehmigung von Strassenherstellungen in Favoriten, Si amering, Hernals und Floridsdorf, mit einem Kostenaufwand von 2.062.000 Schilling und schliesslich die Anträge des städtischen Baureferentes ^{auf Genehmigung des} Kosten und Entwürfe für Wohnhausbauten auf dem Alsergrund (Sechschimmelgasse) in der Höhe von 380.000 Schilling, in Favoriten (Friesenplatz) in der Höhe von 2.461.000 Schilling, in Hietzing (Goldschlagstrasse) in der Höhe von 771.000 Schilling, in Hietzing (Barchettigasse) in der Höhe von 2.750.000 Schilling, in Ottakring (Sandleitengasse) in der Höhe von 2.913.000 Schilling, in der Brigittanau (Stromstrasse-Pasettistrasse) in der Höhe von 1.800.000 Schilling, in Floridsdorf (Karrogasse-Justgasse-Berzeliusplatz) in der Höhe von 2.522.000 Schilling, in Floridsdorf (Pragerstrasse-Coloniestrasse) in der Höhe von 1.030.000 Schilling, in Si amering (Kopsalgasse-Meichelstrasse) in der Höhe von 3.404.000 Schilling und schliesslich das Familien-einküchenhaus in Fudfhaus (Pilgeringasse-Löschenkohlgrasse) mit einem Kostenaufwand von 2.611.000 Schilling, angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt die Einrichtung einer selbsttätigen Signalanlage und die Ausgestaltung der Telefonanlage auf der Wiener elektrischen Stadtbahn. Der Gemeinderat hat im Jahre 1923 beschlossen auf der Stadtbahn einen rein Strassenbahnmässigen Betrieb einzurichten. Dieser Beschluss wurde deswegen gefasst, weil man gleichzeitig von der Stadtbahn auch auf die Strassenbahn eine Verbindung herstellen wollte, was auch tatsäc-

lich geschehen ist. Im Laufe der Elektrifizierung ist man nun zur Ansicht gelangt, dass man nur dann alle Verpflichtungen voll erfüllen kann, wenn eine möglichst rasche Zugfolge ermöglicht wird. Es kann schon heute angenommen werden, dass bei der stets steigenden Frequenz der Strassenbahn, die im Jahre 1924 auf 550 Millionen gegenüber 320 Millionen vor dem Kriege sich erhöht hat und noch immer zunimmt, auch die elektrische Stadtbahn, besonders an Sonntagen einen starken Verkehr bewältigen wird müssen. Der Antrag sagt keineswegs, dass jemals das Fahren ohne Sicht auf der Stadtbahn ganz ohne Signalanlagen gedacht war. Heute soll nun eine ganz selbsttätige Signalanlage genehmigt werden. Schon im Jahre 1923, als sich der Gemeinderat mit dieser Gelegenheit beschäftigte, war man sich darüber klar, dass auf den unübersichtlichen Teil der Tunnelstrecken mit Signalanlagen gefahren werden soll. Die Strassenbahndirektion hat Studienreisen unternommen, um die modernste Signalanlage studieren zu können. Der Gemeinderat hat im Jahre 1923 einen Betrag von 185 Milliarden für die Elektrifizierung der Stadtbahn bewilligt. Es war dies ein allgemeiner Betrag, in dem auch die Kosten dieser Signalanlagen enthalten sind. Es ist eigentlich eine vollständig neue Bahn, die von der Gemeinde errichtet wurde, wenn auch die Geleise schon vorhanden waren, weil es sich um den elektrischen Betrieb handelt. Die neue Signalanlage bietet nach menschlicher Voraussicht die Gewähr einer vollständigen Betriebssicherheit.

G.R. Kunschak (chr. soz.) : Man könnte eine Posse schreiben mit dem Motto „Wie sich der kleine Moriz die Elektrifizierung der Stadtbahn vorstellt, wenn man den Entwicklungsgang betrachtet. Vor fast einhalb Jahren wurde dem Gemeinderate berichtet, dass die Elektrifizierung der Stadtbahn das leichteste und billigste Ding der Welt sei, heute ergibt sich wie sehr sich diese naiven Optimisten geirrt haben. Damals bäten um die in Betracht kommenden Persönlichkeiten ein herrliches Bild ihres Könnens und man musste sich unter dem Eindrucke ihrer selbstbewussten Mitteilungen mit Ehrfurcht vor ihnen verneigen (Heiterkeit bei den Christlichsozialen). Heute sehen die Dinge aber wesentlich anders aus. Heute ergibt es sich, dass entgegen den damaligen Annahmen, der Wagenpark der Strassenbahnen für die elektrifizierte Stadtbahn un verwendbar ist, dass eigene Wagen mit eigener Spurweite gebaut werden mussten, sodass eine völlige Umkehrung der Verhältnisse eingetreten ist: die Strassenbahn wird nunmehr durch den Fahrpark der Stadtbahn alimentiert werden. Daraus ergibt sich aber mühh, dass die ursprünglich präliminierten Kosten von 185 Milliarden sicher nicht hinreichen werden, sondern zweifellos eine starke Ueberschreitung erfahren werden. Man hat auch behauptet, dass es möglich sein werde, das vorhandene Strassenbahnnetz in den Dienst der Stadtbahn zu stellen. Wieder eine irriige Annahme. Strassenbahn fährt mit 600 Volt Spannung, für die Stadtbahn werden 750 Volt gebraucht. Nach den Erklärungen des Direktors Spängler soll das bedeutungslos sein, weil man ja die Spannung wieder umleiten kann. Aber es bleibt doch die Tatsache bestehen, dass seinerzeit behauptet wurde, man werde mit 600 Volt Spannung im Stadtbahnbetrieb auskommen, während sich jetzt eine höhere Spannung als unerlässlich ergeben hat. Seinerzeit ist vom Gemeinderate nur ein Kredit für einige wenige Motorwagen beansprucht und genehmigt worden. Ein Projekt für eigene Fahrbetriebsmittel der Stadtbahn wurde dem Gemeinderate weder vorgelegt noch von ihm genehmigt, sodass zweifellos eine Ueberschreitung des vom Gemeinderate genehmigten Projektes und eine sehr wesentliche Ueberschreitung der Kosten vorliegt. Der Referent möge uns Aufklärung geben, aus welchem Titel die Beschaffung der Betriebsmittel gedeckt wird. Schon jetzt sind Gerüchte im Umlauf, dass die neuangeschafften Bahnbetriebsmittel auf Rechnung der Strassenbahn

gehen, eine ganz unzulässige Schiebung, gegen die wir entschieden Verwahrung einlegen müssen. Nun hat der Referent seinerzeit von einem generellen Projekt gesprochen, an welchem im Laufe der Zeit noch sich etwa ergebende Änderungen vorgenommen werden können. Wozu wird dann vom Gemeinderat die Genehmigung des Kostenaufwandes für eine selbsttätige Signalanlage angefordert? Vermutlich deswegen, weil seinerzeit in der Finanzierung des Projektes ein Teilbetrag von 23 Milliarden für Signaleinrichtungen, verschiedene Werkzeuge und Werkstätten eingestellt worden ist. Daraus erklärt sich wohl der Umstand, dass wir heute im Gemeinderat über diesen Gegenstand reden müssen. Die 23 Milliarden sind wahrscheinlich schon längst verausgabt und für die eigentlichen Signaleinrichtungen ist kein Geld mehr da. Und wieder wurde der Gemeinderat einfach bagatelisiert, denn die heute zum Beschluss vorgeschlagene Signalanlage ist bereits fertig. (Hört! hört! bei den Christlichsozialen) - Nur einige Handgriffe sind noch notwendig. Wir werden hier glatt gefoppt vom Herrn Vizebürgermeister Emerling und einem Direktor Spängler (Rufe bei der Opposition: Mit Zustimmung des Herrn Bürgermeisters). Seinerzeit wurde das Projekt Hochenegg als zu teuer abgelehnt, es erforderte nämlich 200 Milliarden Kosten, und heute ist man mit dem Kostenaufwand schon weit über diese Summe hinausgekommen. Eines nur haftet der jetzigen Stadtbahn an, das sind die übrig gebliebenen schweren Mängel, das Charakteristikum der Verpfuschtseins. Die schmale Wagentype erweist sich auf der Stadtbahn als Fehler, man hat sie ^{nur} gewählt um sagen zu können, dass ein inniger Zusammenhang zwischen dem Stadtbahn- und Strassenbahnbetrieb besteht, indem man mit den Wagen der Stadtbahn auch auf den Strassenbahngleisen weiterfahren können.

Wir stehen heute als Opposition vor der Entscheidung, ob wir diesem Antrag zustimmen sollen oder nicht. Bei dem Umstand, dass wir von vornherein die Notwendigkeit einer wirklich auf der Höhe der Zeit stehenden Signalanlage erkannt haben, können wir nicht dagegen stimmen, wenn auch unsere Forderung erst nach mehr als einjähriger Verzögerung erfüllt wird. Sachlich sind wir mit dem Antrag einverstanden. Aber wir müssen gleichzeitig ausdrücklichen und schärfsten Protest dagegen einlegen, dass man uns damals ein Projekt vorgelegt hat, das mit allen Mängeln behaftet war und das man uns als eine Glanzleistung aufschwätzen wollte. Wir müssen dagegen protestieren, dass an dem Projekt alle erdenklichen Änderungen vorgenommen worden sind, ohne den Gemeinderat zu fragen. Das ist eine Verletzung der Rechte jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates, ist eine Irreführung der Bevölkerung und eine Verhöhnung des Wiener Gemeinderates als gesetzgebende und verwaltungspolitische Körperschaft (Beifall bei der Minderheit).

Probefahrten auf der Wiener elektrischen Stadtbahn. Seit Ostern finden auf der Gartellinie der Stadtbahn von der Station Alserstrasse-Meidling Hauptstrasse mit zwei aus sechs Wagen (zwei Motor- und vier Beiwagen) bestehenden elektrischen Zügen Schulfahrten mit dem zukünftigen Fahrpersonal statt. Am Donnerstag wurde die obere Wientallinie von Meidling-Hauptstrasse-Hütteldorf fertiggestellt und heute vormittags in Anwesenheit des Vizebürgermeisters Emerling zum erstenmal befahren. Alle Einrichtungen - bis auf die Signalanlage und einige Bauarbeiten im Bahnhof Hütteldorf selbst - sind fertiggestellt und ist die für Ende Mai in Aussicht genommene Eröffnung dieser Strecke von Hütteldorf - Alserstrasse gesichert.

Alle übrigen Strecken sind in Arbeit und wird ihre Montage soweit gefördert, dass spätestens im Herbst die ganze Stadtbahn in Betrieb sein wird. Bis dahin wird es auch möglich sein, den für den Verkehr nötigen Wagenpark fertigzustellen.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet kurz über die Erfahrungen, die er bei der Probefahrt auf der Strecke Meidling - Hauptstrasse - Hütteldorf gemacht hat und die den Beweis dafür erbringen, dass nicht ein strassenbahnmässiger Stadtbahnverkehr, sondern vielmehr ein schnellbahnmähnlicher Verkehr erzielt worden ist. Die erreichten Geschwindigkeiten übertreffen die der Stadtbahn im Dampfbetrieb. Wenn Gemeinderat Kunschak auf die breitere Wagentype der alten Stadtbahn hinweist, so muss daran erinnert werden, dass der Fahrpark seinerzeit nur an wenigen Tagen vollständig im Dienst gestellt wurde, im übrigen Teil des Jahres aber brachlag. Die Zahlen aus dem Jahre 1913, die einzigen, auf die man sich heute vergleichsweise beziehen kann, beleuchten sehr deutlich, dass der Verkehr nur an einigen wenigen Tagen in grösster Dichte vorsich ging. Nach den neuen Projekten soll jedoch auch der Wagenpark der Strassenbahnen auf den Linien der Stadtbahn geführt werden können und fallweise auch umgekehrt. Die letztthin bewilligten 50 neuen Trieb- und Beiwagen können auch auf der Stadtbahn verwendet werden, ebenso eine Reihe der umgebauten Wagen. Im Protokoll der Gemeinderatssitzungen findet sich keine Angabe, dass die Vollendung der Elektrifizierung für den Sommer 1924 in Aussicht gestellt wurde. Nach langwierigen Verhandlungen, wobei sich der Bürgermeister und der Bundeskanzler einsetzen mussten konnte im Dezember 1923 dem Gemeinderat der Antrag unterbreitet werden. Da aber erst im September 1924 die Linie Hütteldorf-Hacking-Michelbeuern übergeben wurde, konnte von einer Betriebsaufnahme im Sommer 1924 keine Rede sein. Die Arbeiten wurden sofort in Angriff genommen und sind, wie sich jedermann überzeugen kann, seither soweit gediehen, dass in wenigen Wochen der Verkehr auf der einen Teilstrecke aufgenommen werden kann. Was die Spurweite betrifft, so sei die Differenz äusserst gering, sie beträgt nämlich nur 5 Millimeter. Die Spannung darf nicht in Verbindung gebracht werden mit der Geschwindigkeit. Die Entwicklung der Elektrizitätswerke hat es mit sich gebracht, eigene Stationen zu schaffen. Dadurch gelang es grössere Sicherheiten für den Verkehr zu schaffen. Die grosse Inanspruchnahme durch die Strassenbahn lässt es nicht zu, Strassenbahn und Stadtbahn im Bezug auf den Strom zu koppeln. Die Einrichtungen der Strassenbahnen sind für einen Verkehr von 300 Millionen Personen berechnet, heute beträgt aber die Frequenz über 550 Millionen. Jeder schöne Sonntag bringt einen immer stärkeren Massenverkehr. Es wäre unzweckmässig, auch noch die Stadtbahn an das Netz der gewöhnlichen Spannung anzuschliessen. Auch die Strassenbahnen in anderen Grosstädten haben höhere Spannungen, erinnert sei nur an London oder New York. Wenn vorgeworfen wird, dass seit Dezember 1923 viel Zeit verfloß, so muss man wieder an die Verschleppung durch die Regierung erinnern. Seit September 1924 wurde aber mit ganzer Kraft an der Vollendung gearbeitet und alle Beteiligten waren mit wirklicher Freude und vollem Eifer am Schaffen dieses grossen Werkes. Wenn vorgeworfen wird, dass der Kredit von 185 Milliarden überschritten wird und das Projekt der Eisenbahntechniker erwähnt wird, so muss ausdrücklich festgestellt werden, dass auch dieses Projekt mit diesen Mitteln nicht durchgeführt werden kann. Die Mindestkosten einer Vollbahn sind mit 424 bis 495 Milliarden anzusetzen, die den rund 200 Milliarden gegenüberstehen. In wenigen Wochen wird der Gemeinderat Gelegenheit haben, bei einer Probefahrt die ausserordentliche Leistung der Techniker dieser Stadt bewundern zu können. Der Referent bittet um die Annahme des Antrages.

G.R. Kunschak berichtet tatsächlich, dass man etwas anderes geschaffen hat, als der Gemeinderat beschlossen hat. Aus dem Protokoll der Sitzung vom 21. Dezember 1923 geht hervor, dass für den Sommer 1924 die elektrische Zugführung in Aussicht gestellt wurde. Ohne Zustimmung des Gemeinderates ging man seinerzeit an die Arbeit und auch heute ist die Signalanlage bereits fertig, obwohl um die Genehmigung gebeten wird. Der Referent bezeichnet die Annahme des Gemeinderates Kunschak als irrig, denn die Signalanlage sei noch lange nicht fertiggestellt. Der Referentenantrag wird bei der Abstimmung angenommen.

G.R. Dr. Fränkel (soz. dem) berichtet über den Antrag auf Abtretung von 121 Freischürfen seitens der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft an die Braunkohlenbergbau Gewerkschaft Zillingdorf und Zusicherung einer 1.02 Prozent Bruttoabgabe aus dem Freischurfgebiet der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft von 1.360 Freischürfen von künftigen geförderten Erdöl und Erdgas ohne weiteres Entgelt, wobei die Auflösung der Zweckgesellschaft „Glück auf Wien“, bestehend aus der Depositenbank, der Österreichischen Bohr- und Schurfgesellschaft und der Gemeinde Wien eintritt. Der Referent gibt dem Gemeinderate eine eingehende Begründung des Antrages und bemerkt, die Gemeinde habe ein Uebereinkommen geschlossen, nach welchem sie das Freischurfgebiet wieder zurückgibt, aber dafür wertvolle Rechte eintauscht.

G.R. Angermayer (chr. soz.) erklärt, seine Partei sei nicht gegen der Meritum des Antrages, aber sie müsse gegen die Art wie dieser Antrag in der Beilage ausgearbeitet wurde, schärfsten Einspruch erheben. Der Inhalt dieser Beilage sei einfach unverständlich. Man muss Papier und Bleistift hernehmen, um diesen monströsen Satz von 50 Druckzeilen, in welchem das Ganze eingekleidet ist, zu zerlegen und man muss, wenn schon vom Schürfen die Rede ist, sehr tief schürfen, um überhaupt die richtigen Gedanken herauszuholen, die den Sinn dieses Preisräzels ergeben. Die deutsche Sprache ist doch ein Verständigungsmittel, sie darf aber nicht missbraucht werden, um den einfachsten Gedanken zu verballhornen. Ich möchte den Herrn Magistratsdirektor ersuchen, an seine Beamten die Weisung hinauszugeben, dass künftighin solche Monstrume vermieden werden.

G.R. Fränkel erwidert, es freue ihn, dass Gemeinderat Angermayer nach sorgfältiger mühseliger Arbeit den langen Satz trotzdem richtig aufgelöst habe. (Gemeinderat Angermayer: Ich habe aber auch eineinhalb Stunden daran arbeiten müssen). Gegen die Sache selbst hat er nichts eingewendet, ich bitte daher um Annahme des Antrages.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

St.R. Richter beantragt die Genehmigung der Restabrechnung der Generalreparatur von 4 Kraftwagen der städtischen Feuerwehr aus der Sachdemobilisierung und den Einbau von sechs Aggregaten in elektromobile Geräte.

G.R. Doppler (chr. soz.) polemisiert gegen einen Artikel der Arbeiterzeitung, in dem er der Lüge geziehen wird. Er könne jedoch für alle Behauptungen, die er über die städtische Feuerwehr der Öffentlichkeit mitgeteilt habe, einstehen. Der Abbau bei der Feuerwehr vollziehe sich unter ganz eigentümlichen Umständen. So wurden einige von den Abzubauenden auch zur Aufnahme bei der Strassenbahn vorgemerkt, dort aber in einem Zimmer, das die Nummer 218 trägt, von einem Herrn Sedlak um ihre Organisationszugehörigkeit gefragt. Die Leute haben dann verschiedene Aufnahmscheine bekommen; war aber ein solcher Schein mit einem roten Strich versehen, dann sind diese Leute nicht aufgenommen worden. Die Auswahl der Abzubauenden erfolgte durch den Betriebsrat. Es ist ein Feuerwehrmann gleichfalls zur Strassenbahndirektion gegangen und dort hat man ihm gesagt, er soll auf seine provisorische Dienstzeit verzichten. Die Arbeiterzeitung hat mir vorgeworfen, dass ich keinen einzigen Namen genannt habe. Ich könnte auch hier den Namen dieses Mannes sagen. Es wird schon so sein, dass Sie die Leute zu einem Dienst schicken, den Sie unter keinen Umständen machen können, damit Sie dann das Recht haben, die Leute wegen Dienstesverweigerung hinauszumalträtieren. In der Arbeiterzeitung ist gestanden, dass es der Gemeinde gar nicht einfallt, Leute auf das Pflaster zu setzen. Bei der Feuerwehr sind aber die Dinge sehr unheimlich. Am 18. März hat Herr Klemisch einen Mann von der Feuerwache Brigittenau in die Zentrale kommen lassen, dort vom Abbau erzählt und ihn aufmerksam gemacht, dass er schon lange Zeit seine Beiträge schuldig sei. Ich bürgte für die Richtigkeit dieser Mitteilung und könnte auch hier die Namen nennen. Selbstverständlich haben Sie das nicht angeschafft, aber das ganze System ist so eingerichtet. Es ist vorgekommen, dass ein Feuerwehrmann namens Worm geprügelt worden ist und ich habe hier ^{eine Abschrift} des ärztlichen Pareres. Ein gewisser Scheider hat auf Worm losgedroschen und man könnte Ihnen die Wachleute stellig machen, die den Lärm dieser Rauferei gehört haben. Aus dem Parere ist zu ersehen, dass Worm Quetschungen der Weichteile am Hinterkopf, im Augenhöhlenraum und so weiter erlitten hat. Dieses Ereignis hat wohl ein Nachspiel gehabt. Nach einem Jahr ist sogar eine Disziplinarverhandlung daraus geworden. Der Disziplinarausschuss hat den geprügelten Feuerwehrmann am härtesten bestraft. Am 11. März wurde ein Feuerwehrmann georfeigt.

G.R. Kunschak: Da ist ja der Kasernerhof noch eine Erziehungsanstalt für höhere Töchter!

G.R. Doppler: Diese Sache wird gegenwärtig so behandelt, dass man nicht weiss, ob daraus überhaupt etwas wird. Es wäre notwendig, dass der Stadtrat diesen Dingen nachgeht und sich nicht damit zufrieden gibt, dass eine solche Art von Disziplinarverhandlungen erfolge. Wir wollen die Feuerwehr nicht verleumden, wie die Arbeiterzeitung sagt, sondern wir wissen, dass es sich hier um ein Elitekorps handelt, dass sich aber eine Reihe von Schädlingen eingeschlichen haben. Es ist Pflicht der Gemeinde dieses Elitekorps von diesen Schädlingen zu reinigen (Beifall).

St.R. Richter: Bei der Gemeindegemeinde Wien ist noch kein Mensch so hinausgeworfen worden, wie das der Bund mit vielen Zehntausenden Angestellten gemacht hat. Bei der elenden Bezahlung, die die frühere Mehrheit den Feuerwehrleuten gegeben hat, war es natürlich sehr leicht, die nicht mehr ganz dienstfähigen Mannschaften als Antagehilfen oder Schulwarte unterzubringen, weil diese Stellen Haupttreffer waren. Heute sind die Feuerwehrleute weit besser gestellt und es ist daher auch schwieriger, sie auf andere Stellen im Gemeindedienst zu geben, ohne dass sie eine materielle Einbusse erleiden. Die Strassenbahn sucht sich natürlich auch die aufzunehmenden Feuerwehrleute gut aus, weil sie ja später die Pensionslast zu tragen hat. Es ist klar, dass sie schlechte Risiken ablehnt, weshalb der Vorgang bei der Strassenbahn, der gar nichts mit der Organisationszugehörigkeit zu tun hat, begreiflich ist. Schliesslich kann Gemeinderat Doppler nicht verlangen, dass wir uns in jede Kaffeehauserauferei einiger Feuerwehrleute einmengen. Es kann aber auch vorkommen, dass bei tausend Menschen einmal ein Streit entsteht und die Leute sich orfeigen. Nach Zeitungsberichten soll das sogar im Jokeiklub vorgekommen sein. Hätten wir diese Leute hinausgeworfen, würden sie sicher ein grosses Geschrei erheben und uns Brutalität vorwerfen. Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

Vizebürgermeister Hogg teilt mit, dass der Antrag des Stadtrates Breitner auf Ankauf von 300 Aktien der Wiener Baustoffe A.G. angenommen ist, da sich Gemeinderat Zimmerl von der Rednerliste

G.R. Cilli Lippa beantragt einen Zuschusskredit von 198.461 Schilling für den Ankauf von Klassenlektüren und von 60.706 Schilling für den Ankauf von Schreib- und Zeichenrequisiten.

G.R. Schlösinger (chr. soz.) begrüsst diesen Ankauf. Es müsse jeder, der im praktischen Schuldienst steht feststellen, dass leider das Werkpauschale nur in einer sehr mässigen Höhe zugemessen ist. Infolgedessen müssen vielfach die Elternvereine eingreifen, was durchaus nicht ihre Aufgabe ist (Gemeinderat Untermüller: Schnorrervereine!). Der Elternverein tanzt von einem Fest zum anderen um zum Betriebe des Werkunterrichtes das nötige Geld aufzubringen. Dadurch wird besonders die Arbeiterbevölkerung sehr hart betroffen. Man sollte glauben, dass gerade jene Partei, die uns eine grosszügige Demokratisierung des gesamten Schulbetriebes in Aussicht stellte, für den Schulbetrieb mehr Sorge tragen würde, aber sie geht an den Rechten der Lehrerschaft achtlos vorüber. In den Schulen fehlt es vielfach an Lehrbüchern, im Geschichtsunterricht gibt es überhaupt keine. Die Schüler müssen Merkbücher anlegen, es wird ihnen der Lehrstoff diktiert. Bezüglich der Klassenlektüre werden viele Missgriffe gemahnt. Die Rednerin verliest aus einer Anzahl von Jugendschriften Stichproben um darzulegen, dass in diesen Büchern Geschichten enthalten sind, die auf die Jugend nicht sittenbildend einwirken. Eine Ausgabe der Deutschen Sagen von Grimm trotzte von grammatikalischen und stilistischen Fehlern, dem Verfasser einem Herrn Neudecker wäre dringend anzuraten noch einige Lektionen in Deutsch zu nehmen. Gegen die Kindertümlichkeit wird vielfach gesündigt. Es ist die Frage ob unsere Kinder durch die Schulreform zu besseren Menschen geworden sind. Wenn man die bisherigen Resultate überblickt, müsse man daran füglich zweifeln.

G.R. Cilli Lippa wendet sich in ihrem Schlusswort gegen die Bezeichnung der Elternvereine als Schnorrervereine. Man möge in die Bezirke hinausgehen und die Eltern hören, wie sie jetzt mit den Schulverhältnissen zufrieden sind. Früher hat es in den Schulen überhaupt keine Lernmittel gegeben und wenn die Eltern unentgeltlich diese Gegenstände haben wollten, mussten sie erst Bittgänge zum Armenrat und allen möglichen Leuten machen. Von dieser demütigenden Fein um jedes Heft gleichsam betteln zu müssen, haben wir Eltern und Kinder erlöst. Wer hat früher nicht oft ein weinendes Kind in die Schule gehen sehen, das ganz unglücklich darüber war, weil es kein Heft hatte und daher die Strafe des Lehrers fürchtete. Die Eltern konnten es dem Kind nicht kaufen. Vielen armen Kindern hat man unter der christlichsozialen Verwaltung Schulbücher in die Hand gegeben, denen die Hälfte fehlte. Andere Kinder waren oft bis zum zweiten Semester ohne jedes Lernmittel. Wer das in Abrede stellt, spricht wesentlich die Unwahrheit. Auf die pädagogische und methodische Seite der Ausführungen der Vorrednerin lasse ich mich nicht ein weil dies in den Wirkungskreis des Stadtschulrats gehört. Im Übrigen kann ich nur sagen, dass unsere Schulverwaltung so weiter arbeiten wird, wie bisher. (Beifall)

Es wird dann der Zuschusskredit bewilligt.

G.R. Schütz beantragt, dass das Gebiet westlich der Kavalleriekaserne in Hietzing zwischen der Breitenseerstrasse, der verlängerten Altebergerstrasse und der Steinbruchstrasse aus der Kleingartenzone ausgeschlossen werden soll.

G.R. Huber (chr. soz.) macht darauf aufmerksam, dass in diesem Gebiet eine grosse Zahl von Schrebergärten besteht, die viele Obstbäume aufweisen und meist von Wehrmännern bearbeitet werden. Diese Schrebergärtner haben sich mit Rücksicht darauf, dass sie auf mindestens zehn Jahre Pacht gerechnet haben, auch kleine Häuschen errichtet. Es wird schwer sein, die Leute jetzt von dort wegzubringen, da sie dort wohnen und ihnen doch andere Wohnungen zugewiesen werden müssten. Redner beantragt, dass das Gebiet zwischen der Steinbruchstrasse und einer unbenannten Strasse aus der Vorlage ausgeschlossen werden soll.

G.R. Schütz erwidert, dass im Jahre 1921 als die Kleingartenzone geschaffen wurde, niemand daran dachte, dass die Gemeinde ein solch grosses Wohnbauprogramm durchführen werde. Es ist sehr schwierig in Hietzing geeignete Bauplätze zu finden, weshalb man auf dieses Gebiet greifen müsse. Es kann daher dem Antrag des Vorredners nicht zugestimmt werden, weil dadurch das Wohnhausprogramm der Gemeinde gefährdet werden könnte.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen und der Antrag des Gemeinderates Huber abgelehnt.

Stadtrat Siegel berichtet über den Entwurf für das Familien-Einküchenhaus in Fünfhaus (Pilgrimgasse-Loeschenkohlgrasse). Das Gebäude wird 133 zweiräumige, 191 einräumige Wohnungen und vier Ledigenzimmer, eine Dachterrasse, einen Kindergarten und einen Kinderhort enthalten. Die Kosten werden auf 2,611.000 Schilling veranschlagt.

G.R. Biber (chr. soz.) erklärt, dass er nicht gegen den Bau dieser Anlage sprechen wolle, sondern nur Einwendungen gegen die Behandlung der Vorlage im Gemeinderat machen müsse. Hier sind die rechtlichen Verhältnisse anderes, als bei den übrigen städtischen Bauten. Es verfügt nämlich über diese Wohnungen ein Verein, dem man angehören müsse, um einzuziehen zu können. Es wäre leicht des Referenten gewesen, dies hier zu sagen. Im technischen Ausschuss wurde wohl mitgeteilt, dass auch das Wohnungsamt einen entsprechenden Einfluss auf die Zuweisung dieser Wohnungen haben werde, aber die Art der Abmachung mit dieser Genossenschaft ist nicht klar. Schliesslich müsse doch auch darauf verwiesen werden, dass in der heutigen Sitzung nicht weniger als zwölf Bauentwürfe vorliegen, die in ihrer Ausführung rund 250 Milliarden Kronen, also zwölf einhalb Millionen Goldkronen, der Gemeinde kosten werden. Das ist eine Summe, die auch vor dem Krieg gewiss sehr bedeutend war. Es müsste dem Gemeinderate doch die erforderliche Zeit gegeben werden, damit man alle diese Entwürfe genau prüfen könne.

Stadtrat Siegel antwortet, dass bei Abschluss des Vertrages mit der Genossenschaft über die Wohnungen noch im Gemeinderat gesprochen werden wird. Die Pläne der Wohnhausbauten sind seit vielen Wochen bereits im technischen Ausschuss genehmigt worden. Es könne ohnweiters verfügt werden, dass die Pläne noch früher den Mitgliedern des Gemeinderats zugänglich gemacht werden.

Es wird nun der Antrag des Referenten angenommen.

Stadtrat Siegel beantragt die Ausführung eines Wohnhausbaues auf dem Mattisplatz in Fünfhaus. Die Kosten werden auf 2,630.000 Schilling geschätzt. Es werden 206 Wohnungen geschaffen.

G.R. Huber (chr. soz.) wendet sich gegen die durch diesen Bau entstehende Verschmälerung der Hütteldorferstrasse. Dies ist nur dem Eigensinn der Architekten zuzuschreiben. Das vorstehende Haus verengt die Hütteldorferstrasse. Der Bürgermeister hat einmal gesagt, dass wir Wien schöner machen wollen. Aber diese Bau wird dazu kaum etwas beitragen. Da dadurch das Stadtbild verunziert wird, beantragt Redner die Rückverweisung des Entwurfes an den technischen Ausschuss.

Stadtrat Siegel hält die von den Architekten gefundene Lösung für überaus glücklich, weshalb er sich gegen den Rückverweisungsantrag ausspricht.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen, während der Rückverweisungsantrag abgelehnt wird.

Stadtrat Siegel berichtet über den Entwurf einer Wohnhausanlage im neuen Bezirk in der Thurygasse. Er beantragt die Genehmigung. Die Kosten betragen 1,660.000 Schilling. Das Haus wird 120 Wohnungen, vier Geschäftslokale und ein Gasthaus mit einem grossen Saal enthalten.

G.R. Rummelhardt begrüsst es, dass dieser Teil des neunten Bezirkes einer Sanierung durch Neubauten unterzogen werde. Es müsse aber darauf verwiesen werden, dass heute Projekte vorgelegt worden sind, deren Ausführung 237 Milliarden Kronen kosten wird. Nun sind im Voranschlag nur 326 Milliarden Kronen als voraussichtlicher Ertrag der Wohnbausteuer ausgewiesen. Wenn nun in einer einzigen Sitzung ein so grosser Teil dieser Gesamtsumme bewilligt werden soll, so entsteht von selbst die Frage aus welchen Geldern werden denn dann die übrigen Bauten bestritten. Aus den präliminierten Geldern der Wohnbausteuer sei das ganz unmöglich. Die Christlichsozialen verlangen daher klare Auskunft vom Referenten. Es muss gesagt werden, welche Beträge von der Wohnbausteuer bereits verwendet worden sind und was aus den Kassenbeständen entnommen worden ist gegen eine etwa geplante Erhöhung der Wohnbausteuer, die Herr Danneberg angedeutet hat, würden sich die Christlichsozialen auf das allerentschiedenste verhalten.

G.R. Nachtnebel (Soz.): Hoch das Mietengesetz, gegen das Sie Sturm laufen! Herr Rummelhardt Auch die Wähler, die Sie vertreten, haben von Ihrer Steuerpolitik schon genug. G.R. Nachtnebel: Sie haben sich schon einmal als schlechter Prophet erwiesen!

G.R. Rummelhardt: Ich weiss nicht ob es Ihnen gelingen wird, durch einen Dreh, mit dem Sie die Wahlen korrigiert haben, sich auch Geld zu verschaffen. Freilich ist es möglich, dass Sie hier Beschlüsse fassen in diesem Bewusstsein, sie nicht durchzuführen.

G.R. Erban (chr. soz.) bemängelt, dass in den städtischen Häusern und des Liechtentals ein Restaurationssaal vorgesehen ist, der als Raum für sozialdemokratische Versammlungszwecke dienen wird. Es sei ganz unzulässig, städtische Steuergelder für einen solchen Zweck zu verwenden.

Stadtrat Siegel erwidert, dass über die Zweckmässigkeit und unbedingt Notwendigkeit dieser Wohnhausanlage nur eine Meinung zum Ausdruck gekommen sei. Es ist dies der erste Schritt zur Assanierung des Liechtentals.

Stadtrat Weber berichtet über das Siedlungsprogramm für das Jahr 1925. Es sind insgesamt 469 Siedlerhäuser vorgesehen, der Kostenaufwand stellt sich auf 5,766.600 Schilling.

G.R. Ullreich (chr. soz.) betont, dass die Siedlungsbewegung langsam abgebaut wird. Von den fünftausend Wohnungen, die von der Gemeinde im Jahre 1925 errichtet werden sollen, sind nur fünfhundert Siedlerhäuser. Seinerzeit hat man aus dem Ertrag der Mietsteuer rund drei Zehntel für Siedlungen verwendet; jetzt ist es nur mehr ein Zehntel. Auch die Zahl der Genossenschaften nimmt ab. Die Grundsätze des Vorjahres gelten übrigens weiter. Die Verschuldung der Siedler ist derart gross, dass von einer Hilfe durch die Gemeinde nicht mehr gesprochen werden kann. Ueberhaupt sind die Siedler bei der Gemeinde nicht besonders beliebt.

Im Schlusswort verweist St.-R. Weber auf die ausführlichen Darlegungen im Ausschuss, aus denen zu ersehen war, dass von einem Abbau der Siedlungsbewegung nicht gesprochen werden könne. In Wien wurden bereits 2897 Siedlerhäuser gebaut. Keine einzige Stadt sei in der Lage, eine solche Zahl aufzuweisen. Der für diese Siedlungen aufgewendete Betrag belaufe sich auf rund 250 Milliarden Kronen. Mit einer gewissen Hartnäckigkeit verweigern wir wohl Siedler, die nicht auf Gemeindegeldern wohnen, den Kredit, müssen dies aber in Wahrung der öffentlichen Interessen tun. Die Dinge sind keineswegs so schwarz, wie sie der Vorredner gemalt hat.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage genehmigt.

Stadtrat Kokrda beantragt die Bestellung eines Baurechtes für ein neues Fortbildungsschulgebäude in Fünfhaus, Ecke Moeringgasse-Märzstrasse und Löhrstrasse. Das Gebäude wird vom Wiener Fortbildungsschulrat errichtet werden. Mit dem Bau wird sofort nach Genehmigung des Baurechtes begonnen.

Stadtrat Rummelhardt erklärt, dass er es lieber gesehen hätte, wenn statt der formalen, eine Reihe von inhaltlichen Korrekturen an dem Entwurf für den Baurechtsvertrag vorgenommen worden wären. Es sind da Bestimmungen enthalten, die sich gesetzlich und moralisch nicht rechtfertigen lassen. Die Gemeinde diktiert dem Fortbildungsschulrat Bedingungen, ohne faktisch etwas dafür zu leisten. Sie schreiben vor, dass dem Gebäude eine Fortbildungsschulbücherei, ein Verlag samt Buchdruckerei errichtet werden muss. Für solche Zweck darf ein Schulgebäude nicht verwendet werden. Das ist gesetzwidrig und wenn die Gemeinde solche Einrichtungen schaffen will, so soll sie das in irgend einem anderen Gebäude machen; es gehe doch nicht an das als Bedingung für das Baurecht vorzuschreiben. Dagegen müssen sich die Christlichsozialen auf das entschiedenste aussprechen.

Redner beantragt, dass die Gemeinde dem Fortbildungsschulrat als Äquivalent des Beitrages von 45 Prozent eine Subvention von drei Millionen Schilling gewähren soll. Dieser Betrag soll als Baukostenbeitrag der Gemeinde dienen. Es sei auch zu bemängeln, dass der Bau nicht öffentlich ausgeschrieben worden ist. Es hätten sich aus dem grossen Kreis der Wiener Architekten gewiss jemand gefunden und die Arbeit wäre nicht an wenige Bevorzugte vergeben werden. Auf das entschiedenste muss man sich aber gegen die Errichtung der Druckerei wenden, die ein Konkurrenzunternehmen sei. Das Wiener Gewerbe, das für den Bau finanzielle so viel leistet, kann sich das nicht bieten lassen.

Stadtrat Kokrda erwidert, dass man dem Fortbildungsschulrat nicht vorschreiben könne, in welcher Form er die Konkurrenz für die Baupläne ausschreibt. Es bleibt dem Fortbildungsschulrat überlassen, die Zweckräume auszuführen und es ist durchaus keine Zwangsbestimmung, die man vorschreiben beabsichtigt. Daher besteht kein Anlass die Eliminierung der Einrichtung einer dazugehörigen Buchdruckerei zu verlangen. Was den Antrag Rummelhardt anlangt, so kann er nicht angenommen, weil doch die Kosten dieses Baues nicht allein von den Gewerbetreibenden, sondern zu 45 Prozent von der Gemeinde getragen werden.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung Rummelhardts wird der Antrag angenommen und die Sitzung um zwölf Uhr nachts geschlossen.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 25. April 1925

Keine Sprechstunde beim Bürgermeister. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Montag beim Bürgermeister Seitz die Sprechstunde.

Historisches Museum der Stadt Wien. Am Freitag, den 1. Mai ist das Historische Museum der Stadt Wien (Neues Rathaus) von 9 bis 1 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Das neue Fortbildungsschulgebäude auf der Schmelz.

Für die Holzverarbeitenden Gewerbe.

Der Wiener Gemeinderat hat am Freitag beschlossen, dem Fortbildungsschulrat in Wien einen grossen Baugrund auf der Schmelz im Erbbaurecht zu überlassen, damit dort ein neues Zentralfortbildungsschulgebäude für die Holzverarbeitenden Gewerbe bis längstens 31. Dezember 1927 gebaut werden könne. Der Bauplatz ist begrenzt von der Märzstrasse, der Löhrgasse, Karl Marxstrasse und Moeringgasse und umfasst den Platz des ehemaligen Zirkus Schuhmann und einen noch grösseren gegenüberliegenden Baugrund und das Stück der Zinkgasse, deren Fortsetzung dazwischen durchführte. Der Bauplatz misst 13.817 Quadratmeter, ist also fast zweieinhalbmal so gross, wie der Platz, auf dem das erste Zentralfortbildungsschulgebäude in der Mollardgasse steht. Der Baugrund wird dem Fortbildungsschulrat bis zum Jahre 2004 überlassen. Der jährliche Anerkennungszins ist zwanzig Schilling.

Die Gemeinde hat dem Fortbildungsschulrat schon im Sommer 1924 den Baugrund zugesagt, so dass der Fortbildungsschulrat bereits die Vorarbeiten besorgen konnte. Es wurden die Architekten Josef Hofbauer und Wilhelm Baumgarten beauftragt, einen Entwurf für das Gebäude fertigzustellen. Die beiden Architekten machten Studienreisen nach Deutschland und Holland, England und Paris und heute sind die Pläne vollkommen baureif, so dass der Fortbildungsschulrat am Montag sich schon entscheiden kann. Der gewaltige Bau gliedert sich in zwei Teile. Der vordere, niedrigere Teil umfasst die Werkstätten, der hohe rückwärtige Teil das Schulgebäude; zwischen beiden ist ein 1300 Quadratmeter grosser Arkadenhof. Von dem Baugrund sind 8.410 Quadratmeter verbaut und 4.807 Quadratmeter entfallen auf vier Höfe.

In das neue Zentralfortbildungsschulgebäude kommen die fachlichen Fortbildungsschulen der Tischler, Drechsler, Fassbinder, Wagner, Klavier- und Orgelbauer, Zimmerer und Tapezierer mit ihren Lehrsälen und Werkstätten und ein Lehrlingsheim für etwa hundert Lehrlinge. Der Eintritt in das Schulgebäude erfolgt durch den Haupteingang in der Karl Marxstrasse über den Arkadenhof in den Mitteltrakt, in dem sich die Aula befindet und von der man über Stiegen und Gänge in die Schulräume kommt. Die Schule hat drei Fronten in der Märzstrasse, Löhrgasse und Karl Marxstrasse, besteht aus einem Untergeschoss, dem Erdgeschoss und vier Stockwerken. Die Anlage wird 18 grosse Säle, 13 Vortragssäle für die sieben Fachschulen mit je einer Garderobe, 31 Lehrmittelzimmer, sechs Lehrerzimmer, einen Saal für Chemie samt Laboratorium, einen Physiksaal, fünf Dienerräume und vierzehn Depots enthalten. Ausserdem sind vorgesehen Kanzleien für die Direktionen, ein allgemeines Konferenzzimmer, eine Bibliothek mit Lesezimmer für Lehrer und Lehrlinge, ein ärztliches Inspektionzimmer, ein fotografisches Atelier und alle erforderlichen Nebenräume. Weiter ein Erholungsraum für

die Lehrlinge, ein Fest- und Kinosaal mit Bühne, ein Speisesaal, ein Turnsaal samt Nebenräumen und ein Turnplatz im Freien. Schliesslich ist auch für Wohnungen für die Hausverwaltung gesorgt.

Längs der Moeringgasse ist der Lehrwerkstättentrakt angeordnet, in dessen Mitte die Maschinenhalle liegt. Um sie herum sind die geräumigen, lichten Lehrwerkstätten gebaut. Die Lehrwerkstätten und auch die Schulräume wurden von dem Fortbildungsschulrat, den Schulausschüssen und Vertretern der Genossenschaften, deren Schulen in das neue Gebäude kommen, mit dem Stadtbauamt und den Architekten sorgfältigst durchberaten, so dass die Gewähr gewonnen wurde, dass Werkstätten und Schulen zweckmässig und modern gestaltet werden. Anschliessend an den Werkstättentrakt liegt das Direktorwohnhaus. Der Werkstättentrakt und das Direktorwohnhaus bestehen aus einem Untergeschoss, einem Erdgeschoss und einem Stockwerk. Der Schultrakt hat mit dem Untergeschoss sechs Geschosse, ebenso das Lehrlingsheim, das sich an den Schultrakt in der Märzstrasse anschliesst. Das Lehrlingsheim enthält die Verwalterwohnung, die Kanzlei und Küche, einen Erholungsraum, der zugleich Speiseszimmer ist ein Musik- und Lesezimmer, ein Krankenzimmer mit besonderen Bade- und Nebenräumen, sechs Schlafsäle mit je sechzehn Betten. Bei jedem Schlafsaal ist ein eigener Wasch- und Putzraum, eine Garderobe- und Klosettanlage und zwischen je zwei Schlafsälen ist ein Zimmer für den Aufseher.

Da von Anfang an die Absicht bestand, die Bauführung dem erfahrenen Stadtbauamt zu übertragen, arbeiteten mit dem städtischen Baureferenten Stadtrat Siegel, Obersenatsrat Hafner mit einem ganzen Stab von Beamten des Stadtbauamtes mit.

Im Fortbildungsschulrat ist mit der Sorge für den Bau ein eigener Bauausschuss betraut, der vom Obmann des Fortbildungsschulrates, Abgeordneten Widholz, geleitet wird, und in dem der Obmannstellvertreter Gemeinderat Täubler Referent ist. Das Gebäude wird sieben Millionen Schilling (siebzig Milliarden Kronen) kosten und aller Voraussicht nach das modernste Schulgebäude des Kontinents sein.

Die billigste Reise nach New-York. Die Ziehung der Reiselotterie des Wiener Jugendhilfswerks ist am 30. April 1925. Ein Los kostet fünfzig Groschen. Jedes Los bietet die Möglichkeit einer kostenlosen Reise nach New-York, Sizilien und zum Nordkap. Lose sind in allen Tabaktrafiken zu haben.

Kein Fuhrwerksverkehr auf der Schlachthausbrücke. Infolge Instandsetzungsarbeiten an der Schlachthausbrücke wird vom Montag an die gesamte Fahrbahn und der flussaufwärtige Gehweg für den Verkehr gesperrt werden.

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Mittwoch um 11 Uhr vormittag eine Sitzung ab. Eine Sitzung des Gemeinderates findet nicht statt.

Ein Schoellerweg in Fünfhaus. Im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beantragte Gemeinderat Jenschik die Zufahrtstrasse zu den städtischen Wohnhausanlagen auf der Schmelz nächst der Minciostrasse und Mareschgasse nach dem Miniaturmaler und Illustrator von Bühlerles Theaterzeitung Johann Christian Schoeller zu benennen. Der Antrag wurde angenommen und die Bezeichnung Schoellerweg genehmigt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 27. April 1925

.....

Mitteilung! Am Sonntag ist die Gattin des amtsführenden Stadtrates Breitner verschieden. Stadtrat Breitner bittet alle Redaktionen die Nachricht von dem Ableben seiner Frau erst nach der Bestattung zu veröffentlichen.

Für Ihre Freundlichkeit dankt im voraus

Rathauskorrespondenz

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 27. April 1925. Zweite Ausgabe

Oesterreichischer Städtetag. Der Deutschösterreichische Städtebund hält am Samstag, den 9. Mai unter dem Vorsitz seines Obmannes Bürgermeister Seitz im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates seine ordentliche Hauptversammlung ab. Die Tagung behandelt einige für alle Gemeinden ungemein wichtige Fragen. Im Vordergrund steht ein Bericht des Präsidenten des Wiener Landtages Abgeordneten Dr. Danneberg über die von der Bundesregierung geplante Aenderung der Abgabenteilung. Stadtrat Breitner wird einen Vortrag über Kommunalanleihen halten. Ueber die Aufgaben der kommunalen Wohlfahrtspflege wird Stadtrat Professor Dr. Tandöer referieren. Bürgermeister Muchitsch (Graz) wird die Frage der Einschränkung von Bauverbote für die Städte behandeln, während Vizebürgermeister Emmerling die Bericht über die Tätigkeit des Städtebundes erstatten wird. Am Sonntag, den 10. Mai werden die Delegierten die Hygieneausstellung besichtigen. Die Gemeinde Wien wird den Teilnehmern an dieser Tagung die grossen Volkswohnhausbauten zeigen.

Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren Franz und Marie Hermann, Reinprechtsdorferstrasse 54, Stefan und Therese Mrazna, Pasettistrasse 101 und Gustav und Mathilde Wetzka, Spengergasse 1, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Parteienverkehr in der Magistratsabteilung für die Wohnbausteuer. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass in der Abteilung 5 (Wohnbausteuer) der Parteienverkehr nur von 8 bis 1 Uhr vormittag stattfindet.

Die Reform des Wiener Feuerlöschwesens. In der Feuerwache Hernals der Freiwilligen Feuerwehr werden von der Gemeindeverwaltung drei automobiler Geräte eingestellt, von denen zwei von der städtischen Berufsfeuerwehr und eines von der Freiwilligen Feuerwehr besetzt werden. Die Feuerwache Breitenfeld wird nach Hernals verlegt. Auf Antrag der Stadtrates Richter hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten für die Adaptierungsarbeiten in der Feuerwache Hernals 3900 Schilling bewilligt. Die Umgestaltung der Feuerwehr in Penzing, wo gleichfalls das System der Zusammenarbeit der Berufsfeuerwehr mit freiwilligen Mannschaften eingeführt worden ist, wurde bereits begonnen.

Eine Ausstellung über das Wiener Sonderschulwesen. „Auf dem Wege zum Licht lasset keinen zurück!“ Dieser schöne Spruch Roseggers ist der Titel einer Ausstellung, die von dem Wiener Sonderschulen für blinde, seh-schwache, taubstumme, schwerhörige, taubblinde und schwererziehbare Kinder im Hof des Stadtschulratsgebäudes, Burgring 9, veranstaltet wird. Die Ausstellung soll der Bevölkerung zeigen, wie diese von der Natur so stiefmütterlich behandelten Kinder durch die Kunst der Pädagogik auch zu nützlichen Menschen herangebildet werden. Sie wird am Samstag, den 2. Mai eröffnet und täglich von 9 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr - an Sonn- und Feiertagen nur vormittag - frei zugänglich sein. Die Ausstellung wird bis Ende Mai offen stehen. Ueber die einzelnen Gebiete des Sonderschulwesens werden an sechs Montagen vom 4. Mai angefangen in der Urania volkstümliche Vorträge gehalten an die sich Besuche in Schulen anschliessen werden.

Wiener Jugendhilfswerk. Der Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes Magistratssekretär Dr. Franz Brenlich hält am Donnerstag, den 30. April um 7 Uhr in der Bürgerschule in Meidling, Deckergasse 1, einen Lichtbildervortrag über den Landaufenthalt der Wiener Kinder.

Die Entwürfe zu neuen städtische Wohnhausbauten.
Der Bau von 914 Gemeindefwohnungen genehmigt.

Amtsführender Stadtrat Siegel als Baureferent der Gemeinde, legte dem technischen Ausschuss abermals sechs Entwürfe für neue städtische Wohnhausbauten vor, die von verschiedenen Architekten ausgearbeitet worden sind. In der Josefstadt (Pfeilgasse) wird nach den Plänen des Architekten M. Otto Kuntschik ein Wohnhaus erbaut werden, das siebzehn Wohnungen und zwei Einzelzimmer enthalten wird. Der Baugrund ist 1542 Quadratmeter gross, von denen 970 Quadratmeter verbaut werden. Das auf dem Baugrund befindliche ebenerdige Gebäude wird in das Projekt einbezogen und für Zwecke der Strassenreinigung umgebaut. Das Wohnhaus erhält einen 570 Quadratmeter grossen Hof; die Gassenfront hat eine Länge von vierundvierzig Meter. In Simmering wird in der Herbertgasse-Herderplatz eine Wohnhausanlage errichtet, für die die Architekten Kaym-Hetzmann-Gorge die Entwürfe ausgearbeitet haben. Diese Anlage wird 180 Wohnungen enthalten; ferner einen grossen Kinderaufenthaltsraum und zwei Geschäftslokale. Der Wohnhausbau wird teilweise fünf Stockwerke hoch sein. Von der Grundfläche, die 3799 Quadratmeter gross ist, werden nur 2175 Quadratmeter verbaut; der übrigbleibende Teil wird zu grossen gärtnerisch ausgestatteten Höfen verwendet. Von den selben Architekten stammen auch die Pläne für eine ebenfalls in Simmering auf dem Baublock Lorystrasse-Hacklgasse-Shamgasse-Grillgasse zur Errichtung kommenden Wohnhausanlage, die 280 Wohnungen enthalten wird. Die Anlage hat siebzehn Stiegenhäuser, die Höfe werden gärtnerisch ausgeschmückt; im Haupthof ist anschliessend an den Kinderaufenthaltsraum ein Spielplatz vorgesehen. Im Strassenhof wird ein Brunnen mit figuralem Schmuck errichtet werden. Die gesamte Baufläche umfasst 6943 Quadratmeter; davon werden 3578 Quadratmeter verbaut. Das Wiener Stadtbauamt hat einen Entwurf für ein Wohnhaus in Simmering an der Einfriedungsmauer östlich vom dritten Tor des Zentralfriedhofes dem technischen Ausschuss vorgelegt, das ausschliesslich von Friedhofsbediensteten bewohnt werden wird. Verbaut werden 991 Quadratmeter mit 34 Wohnungen. Schliesslich werden noch in der Brigittenau zwei grosse Wohnhausanlagen errichtet, für die gleichfalls die Pläne vom technischen Ausschuss genehmigt worden sind. Die eine Anlage wird in der Wehlistrasse-Engerthstrasse-Traisengasse gebaut und enthält 276 Wohnungen. Die Baufläche ist 4327 Quadratmeter gross, von denen 2382 Quadratmeter verbaut werden. Die Häuser werden fünf Stockwerke hoch sein. Die zweite Anlage wird in der Salzachstrasse errichtet, umfasst 72 Wohnungen und einen 696 Quadratmeter grossen Hof, der später als überdeckte Wagenhalle für den städtischen Fuhrwerksbetrieb dienen soll. Die Kosten dieser sechs Wohnhausanlagen betragen insgesamt 11,815.000 Schilling und werden aus den Einnahmen der Wohnbausteuer bedeckt. Schon in der kommenden Woche wird sich der Gemeinderat mit diesen Bauentwürfen beschäftigen, worauf sofort mit der Ausführung begonnen werden wird.

Vorläufig keine Wohnungsvorverkungen. Mit Rücksicht auf Arbeitshäufung und die Notwendigkeit die vorliegenden Wohnungsansuchen zu überprüfen werden vom 1. Mai 1925 angefangen bis auf weiteres keine Ansuchen von Wohnungsuchenden zur Vorverkung entgegengenommen.

Gegen den Autoverkehr in der Hauptallee im Prater.
Ein Beschluss der Bezirksvertretung Leopoldstadt.

In ihrer Sitzung vom 18. April hat sich die Bezirksvertretung Leopoldstadt neuerlich gegen die Bewilligung des Automobilverkehrs in der Hauptallee ausgesprochen. Es wurde einstimmig beschlossen an das Bundesministerium für Handel und Verkehr eine Zuschrift zu senden, in der darauf verwiesen wird, dass die Hauptallee nicht nur der einzige Erholungsort für die Bevölkerung der Leopoldstadt, sondern auch für die Bewohner der angrenzenden Bezirke ist und daher als Luftreservoir erhalten bleiben müsse. Würde die Hauptallee mit Benzinautos befahren werden, so müsste die grosse Masse der Bevölkerung diesen Erholungsort meiden, weil sich Lärm, Staub und Gasentwicklung nicht einschränken lassen. Eine Förderung des Fremdenverkehrs sei durch die Freigabe der Hauptallee für Automobile kaum zu gewärtigen. Schliesslich wird das Bundesministerium ersucht, sich im Interesse der gesamten erholungsbedürftigen Bevölkerung der Anschauung der Bezirksvertretung anzuschliessen und die Freigabe der Hauptallee für den Autoverkehr abzulehnen.

Die elektrische Strassenbeleuchtung. Auf Antrag des Gemeinderates Farago hat der technische Ausschuss des Gemeinderates neuerlich die Einführung der elektrischen Beleuchtung in einigen Strassen beschlossen. So werden in Margareten die Ramperstöffergasse und die Arbeitergasse, am Neubau die Zieglergasse und in Meidling die Kussere Gürtelstrasse und die Eichenstrasse an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung die öffentliche elektrische Beleuchtung erhalten. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 27.700 Schilling. Gleichzeitig wurde beschlossen den an Stelle des Währinger Ortsfriedhofes zu errichtenden Park gleichfalls elektrisch zu beleuchten und die Kosten von 9800 Schilling bewilligt.

Abendambulatorien für Geschlechtskranke. Für Unbemittelte und für Angehörige der Krankenkassen sind in Wien folgende Abendambulatorien für Geschlechtskranke errichtet worden: Leopoldstadt, Grosse Mohrengasse 9, Wieden, Favoritenstrasse 40, Alsergrund, Alserstrasse 4, Favoriten, Viktor Adlerplatz 9, Meidling, Hufelandgasse 2, Rudolfsheim, Huglgasse 4, Ottakring, Montleartstrasse 37, Hernals, Haslindergasse 34, Brigittenau, Dresdnerstrasse 46. In diesen Ambulatorien werden jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag von 6 bis 7 Uhr abends erkrankte Männer und jeden Montag, Mittwoch und Freitag erkrankte Frauen ärztlich behandelt.

Ausbau eines städtisches Bades in Rudolfsheim. Im städtischen Volksbad in der Heinickegasse sind jetzt nur Brausebadabteilungen zweiter Klasse. Um einen lang gehegten Wunsch der Bevölkerung dieses Bezirksteils zu erfüllen, hat der technische Ausschuss des Gemeinderates auf Antrag des Gemeinderates Schmid beschlossen, in diesem Volksbad auch eine Brausebadabteilung erster Klasse zu errichten. Der Einbau dieser Abteilung ist technisch möglich und der Ausschuss hat die erforderlichen Kosten von 45.000 Schilling genehmigt.

E I N L A D U N G

Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien Abgeordneter Glöckel ersucht freundlichst zu der am Samstag, den 2. Mai um 11 Uhr vormittags stattfindenden Eröffnung der Ausstellung über das Wiener Sonderschulwesen

einen Vertreter zu entsenden.

Die Ausstellung ist im Hof des Stadtschulratsgebäudes, I. Burg-ring 9.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 28. April 1925. Zweite Ausgabe

.....

Kostenlose Sommerfrische. Ein Treffer der Reiselotterie des Wiener Jugendhilfswerkes sichert kostenlos acht und vierzehn Tage Landaufenthalt. Ziehung am 30. April. Ein Los fünfzig Groschen. Lose in den Trafiken, bei den städtischen Hauptkassen oder beim Portier des Wohlfahrtsamtes, I. Rathausstrasse 9.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n s y

Wien, am Mittwoch, den 29. April 1925

Festbeleuchtung des Rathauses am 1. Mai. Anlässlich des Staatsfeiertages am Freitag, den 1. Mai wird das Rathaus festlich beleuchtet werden. Die Beleuchtung wird um 9 Uhr abends beginnen und bis 10 Uhr dauern. Die Gehordnung ist die gleiche, wie bei der Rathausbeleuchtung am Neujahrstag. Es müssen die Zuschauer von der Babenbergerstrasse kommend über den Ring bis zum Schottentor gehen. Diese Gehordnung muss strengstens eingehalten werden.

Strassenbahnverkehr am 1. Mai. Am Freitag, den 1. Mai (Staatsfeiertag) wird der Betrieb auf den städtischen Strassenbahnen erst nach 14 Uhr, gerechnet ab Ring nach den Aussenenden, aufgenommen.

Die Kunstpreise der Stadt Wien.

Heute Verleihung durch den Stadtsenat.

Die Gemeinde Wien hat, so wie in den früheren Jahren auch für dieses Jahr für hervorragende Werke der Musik, der Dichtkunst und der bildenden Kunst drei Kunstpreise von je dreitausend Schilling gestiftet. Bürgermeister Seitz verfügte am 15. Februar die Ausschreibung der Preisbewerbung. Als Endtermin der Einreichung wurde der 31. März bestimmt. Zu Preisrichtern wurden vom Bürgermeister für das Gebiet der Dichtkunst Professor Dr. Emil Reich, Dr. Karl Schönherr, und Direktor Josef Jarac, für das Gebiet der Musik Direktor Fritz Stiedry, Professor Leopold Reichwein und Professor Dr. Max Graf und für das Gebiet der bildenden Kunst Professor Ferdinand Schmutzer, Professor Anton Hanak und Architekt Robert Cerley ernannt. Das Ergebnis der Prüfungen aller für die drei Kunstgebiete eingereichten Bewerbungen haben die drei Preisgerichte in eigenen gesondert abgehaltenen Sitzungen schriftlich niedergelegt und heute beschäftigte sich der Stadtsenat mit den Anträgen des Preisrichterkollégiums. Es wurden diese Anträge genehmigt und auf dem Gebiet der Dichtkunst ein Preis von je tausend Schilling an Alma Johanna König, Dr. Otto Marbach und Josef Weinheber, auf dem Gebiet der Musik ein Preis von je tausend Schilling an Julius Bittner, Hanns Eisler und Dr. Paul Amadeus Fisk und die gleichen Preise auf dem Gebiet der bildenden Kunst an Maler Heinrich Krause, Maler und Radierer Josef Krcal und Bildhauer Heinrich Scholz verliehen.

Alma Johanna König hat zwei kulturhistorische Romane „Der heilige Palast“ (1922), aus dem Byzanz Justinians und „Die Geschichte von Half dem Weihe“ (1924), aus der isländischen Wikingerzeit geschrieben. Schon die kleine Erzählung „Schibes“ (1920), ihr in moderner Zeit spielender erster Versuch, zeigte die starke Fähigkeit energischer Charakteristik.

Josef Weinheber ist ein echter Lyriker von eigenartiger Färbung. Er hat zwei Gedichtsammlungen „Der einsame Mensch“ (1920) und „Von beiden Ufern“ (1923) veröffentlicht und eine dritte, nicht minder wertvolle im Manuskript vorgelegt. Sein Roman „Das Waisenhaus“ zeigt ihn auch als gewandten und interessanten Erzähler von psychologischer Feinheit. Weinheber ist ein Ottakringer, stammt aus dem Proletariat und hat vieles mit Alfons Petzold gemeinsam.

Otto Marbach hat vier dramatische Dichtungen geschrieben, die für seine Jahre eine bedeutsame Leistung bilden. Volle Sprachgewalt, klingende Verse und kühne Leidenschaft zeichnen die Tragödie „Pyrrhëia“. Das Schauspiel „Josuas Gericht“ bietet markige Prosa und straffe Handlung. Das Puppenspiel „Cosquien“ wäre in manchen Szenen für das Theater etwas zu schleppend, in anderen aber heiter wirkungsvoll. Seine Tragödie „Die Gefesselten“ beweist auch humorvolle Fähigkeit neben eindringlicher Symbolik erschütternder Art.

Julius Bittner wurde der Preis in Anerkennung seines Lebenswerkes, das vorwiegend aus volkstümlichen Arbeiten besteht, verliehen.

Hanns Eisler für eine Reihe von Kammermusikstücken und Liedern, in denen ungemein frisches Naturell und Talent in der Beherrschung moderner Ausdrucksformen sich zeigt.

Dr. Paul Amadeus Fisk für sein op. 8 (Streichquartett) und op. 10 (Partita für Orchester), in denen sich eine fürderwerte ernst Begabung kundgibt, die in den letzten Jahren errungene Kompositionstechnik auf die strengen Formen der vorklassischen Zeit anzuwenden.

Die Preisrichter für das Gebiet der bildenden Kunst haben sich von der Absicht leiten lassen, nur noch nicht bekannte, aber durchaus besonders begabte Künstler auszuzeichnen und haben ihre Beschlüsse ebenfalls einstimmig gefasst.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 30. April 1925

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amts-führender Stadtrat Speiser am Mittwoch den goldenen Hochzeitspaar-en Leopold und Wilhelmine Fleihaus, Klosterneuburgerstrasse 56, Ro-bert und Antonia Grohmann, Franzensbrückengasse 21 und Michael und Therese Kepp, Rinnböckstrasse 48, die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Leuchtbrunnen und Rathausbeleuchtung. Am Freitag, den 1. Mai (Staats-feiertag) wird das Rathaus festlich beleuchtet werden. Begonnen wird mit der Festbeleuchtung um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends. Um 10 Uhr abends wird die Beleuchtung beendet. Der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz wird von $\frac{1}{2}$ 9 bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends in Betrieb gesetzt werden.

Strassenbahnverkehr am 1. Mai. Am Freitag, den 1. Mai (Staatsfeiertag), wird der Betrieb auf den städtischen Strassenbahnen erst nach 14 Uhr, gerechnet ab Ring nach den Aussenenden, aufgenommen.

Erholungsfürsorge für die erwerbstätige Jugend. Die Lehrlingsfürsor-geaktion beim Volksgesundheitsamt hat bereits den Sommerbetrieb auf-genommen. In den Erholungsheimen in Bad Fischau und in Niederalm bei Salzburg sind gegenwärtig zusammen sechshundert männliche Pflerlinge untergebracht. Im Schloss Neulengbach, das der Aktion von der Ge-meinde Wien zur Verfügung gestellt worden ist, befinden sich zwei-hundert weibliche Pflerlinge und die gleiche Zahl von Mädchen ist im Erholungsheim in Wieselburg an der Erlauf in Pflege. Am 8. Mai werden neue Gruppen in diese Heime entsendet. Anmeldungen sind an die Lehrlingsfürsorgeaktion I. Hanuschgasse 3, zu richten.

Das Siedlungsbauprogramm der Gemeinde für 1925.

Fünfhundert neue Siedlungshäuser.

Die Gemeinde Wien wird auch im Jahre 1925 den Sied-lungsgenossenschaften grössere Bauvorschüsse für die Errichtung von Siedlungshäusern gewähren. Insgesamt ist ein Betrag von acht Millionen Schilling für solche Bauvorschüsse an Siedlungsgenossen-schaften vom Gemeinderat auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Weber bewilligt worden. Mit diesem Betrag können fünfhundert Sied-lungshäuser errichtet werden. Da die Gemeinde solche Bauvorschüsse nur unter der Bedingung gibt, dass die Häuser noch im Jahre 1925 vol-lendet werden, so erhalten durch das Siedlungsprogramm der Gemeinde noch in diesem Jahre fünfhundert Familien eine neue Wohnung. Die Sied-lungsgenossenschaften, denen für dieses Jahr von der Gemeinde Bauvor-schüsse bewilligt worden sind, verteilen sich auf die Bezirke Meid-ling, Hietzing, Währing, Hernals und Floridsdorf. Das Siedlungsamt der Gemeinde wird nun die Einzelbestimmungen über die Ausgestaltung der Siedlerhäuser, die Vergebung der Bauarbeiten und Baumaterialien aus-arbeiten und in kürzester Zeit den Siedlungsgenossenschaften mittel-len, so dass in einigen Wochen mit dem Bau der neuen Siedlungen be-gonnen werden wird.

Das Bäderwesen der Stadt Wien. Am Dienstag, den 5. Mai um 18.30 Uhr wird der städtischer Bäderreferent Stadtbaurat Ingenieur Barousch einen Radiovortrag über das Bäderwesen der Stadt Wien halten.